



## 16. Sitzung des Gemeinderates (2006 – 2010)

Datum, Zeit:	Montag, 7. Juli 2008, 19.00 Uhr
Ort:	Saal Reformiertes Kirchenzentrum ReZ
Vorsitz:	Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin
Anwesend:	36 Ratsmitglieder
Abwesend:	Patric Crivelli SVP Patrick Mosimann SVP Steven Sommer SVP Peter Schuppisser SP
Protokoll:	Toni Spitale, Sekretär
Stimmzähler:	Jürg Zimmermann, Bereich rechts, FDP und Bürotisch Reto Steiner, SVP Stefanie Huber, Bereich links
Weibeldienst:	Leopoldo Putorti

### Antrag auf Änderung der Traktandenliste

BRK-Mitglied René Crivelli (FDP / ohne Fraktion) stellt folgenden Antrag auf Änderung der Traktandenliste: Die Bürgerrechtsgesuche Nr. 125, 126 und 122 sollen auf die September-Sitzung verschoben werden. Begründung: Da das Protokoll der BRK erst vor der Sitzung verteilt worden ist, war eine Rücksprache mit der Fraktion nicht mehr möglich.

BRK-Präsidentin Valeria Rampone (GEU) ergänzt, dass die BRK bei den erwähnten Gesuchen einstimmig Annahme empfiehlt.

### Abstimmung:

Für Antrag René Crivelli: 15 Stimmen  
Gegen Antrag Crivelli: 20 Stimmen

Die erwähnten Gesuche werden demzufolge an der heutigen Sitzung behandelt.



---

## Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokoll der 15. Sitzung des Gemeinderates vom 2. Juni 2008
3. Postulat Andrea Kennel (SP) und vier Mitunterzeichnende „Für eine faire Einbürgerung“ / Beantwortung (Gesch. Nr. 135 / 2007)
4. Dringliche Interpellation Hans Baumann (SP / JUSO) und zehn Mitunterzeichnende betreffend Besoldung öffentliches Personal / Beantwortung (Gesch. Nr. 150 / 2008)
5. Postulat Hans-Felix Trachsler (SVP) und 21 Mitunterzeichnende betreffend Abfallrechnung / Begründung (Gesch. Nr. 165 / 2008)
6. Postulat Thomas Maier (GEU) und 14 Mitunterzeichnende betreffend Dübendorf wird Energiestadt Gold / Begründung (Gesch. Nr. 165 / 2008)
7. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und Daniel Brühwiler (GEU) sowie 8 Mitunterzeichnende betreffend Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit / Begründung (Gesch. Nr. 168 / 2008)
8. Genehmigung der Jahresrechnung 2007 (Gesch. Nr. 155 / 2008)
9. Genehmigung des Geschäftsberichtes 2007 (Gesch. Nr. 154 / 2008)
10. Volksinitiative „Für ein durchgängiges Velonetz und genügend Veloabstellanlagen in Dübendorf“ / Verabschiedung (Gesch. Nr. 137 / 2007)
11. Genehmigung Kaufvertrag vom 12. März 2008, Verkauf Liegenschaft Meiershofstrasse 9, Kat. Nr. 7224, Dübendorf, zum Preis von Franken 901'971.— (Gesch. Nr. 149 / 2008)
12. Genehmigung Bauabrechnung Nachtragskredit für Restaurantküche Im Chreis (Gesch. Nr. 157 / 2008)
13. Genehmigung Bauabrechnung Erweiterung Curlinghalle Im Chreis auf vier Rink (Gesch. Nr. 158 / 2008)
14. 7 Bürgerrechtsgesuche

### 1. Mitteilungen

- Ersatzwahl Stimmzähler Fraktionstisch SVP für die heutige Sitzung

Als Ersatz für den abwesenden Patric Crivelli wird Reto Steiner (SVP) vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird nicht vermehrt. Reto Steiner ist somit für die heutige Sitzung gewählt.



- Ablehnung der Einbürgerung von Dragan Stevanovic

Die Beschwerde gegen den ablehnenden Entscheid des Gemeinderates ist vom Bezirksrat mit Beschluss vom 5. Mai 2008 *abgewiesen* worden. Der erwähnte Gesuchsteller wird demzufolge nicht eingebürgert. Der Originalbeschluss des Bezirksrats liegt zur Einsicht in der Aktenauflage.

- Ablehnung der Einbürgerung von Petar Petrovic

Die Beschwerde gegen den ablehnenden Entscheid des Gemeinderates ist vom Bezirksrat mit Beschluss vom 4. Juni 2008 *gutgeheissen* worden. Der erwähnte Gesuchsteller wird nun eingebürgert. Die Verfahrenskosten werden der Stadt Dübendorf auferlegt. Der Originalbeschluss des Bezirksrats liegt zur Einsicht in der Aktenauflage.

- Schriftliche Anfrage betreffend Lärmschutzwall im Gfenn (Gesch. Nr. 140 / 2008)

Wie der Stadtrat mit Schreiben vom 9. Juni 2008 dem Büro des Gemeinderates mitteilt, kann die erwähnte Anfrage nicht fristgerecht beantwortet werden, da im erwähnten Fall noch verschiedene versicherungstechnische Abklärungen nötig seien.

- Akkreditierung von Manuel Reimann, Anzeiger von Uster

Mit Schreiben vom 23. Juni 2008 teilt Christian Brütsch, neu Redaktionsleiter beim Anzeiger von Uster mit, dass er inskünftig nur noch in Ausnahmefällen über die Ratsgeschäfte berichten wird. Herr Manuel Reimann tritt heute seine Nachfolge an. Das Büro des Gemeinderates heisst Manuel Reimann herzlich willkommen und dankt gleichzeitig Christian Brütsch für die stets kompetente Berichterstattung aus dem Dübendorfer Gemeinderat.

- Madonna-Konzerttickets

Die bestellten Tickets können ab Morgen Dienstag, 8. Juli 2008, gegen Barzahlung am Schalter der Stadtkanzlei bezogen werden.

- Nächste Gemeinderatssitzung

Die nächste Gemeinderatssitzung mit Fragestunde findet am 1. September 2008 statt.

- Festabzeichen Dorffest

OK-Präsident André Ingold verteilt allen Räten ein Festabzeichen – Andrea Kuhn bedankt sich für diese nette Geste.

## **2. Protokoll der 15. Sitzung vom 2. Juni 2008**

Gegen das erwähnte Protokoll sind keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit im Sinne von Art. 58 der Geschäftsordnung genehmigt.



### **3. Postulat Andrea Kennel (SP) und vier Mitunterzeichnende „Für eine faire Einbürgerung“ / Beantwortung (Gesch. Nr. 135 / 2007)**

Die Erstunterzeichnerin nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 22. Mai 2008 Stellung:

Andrea Kennel bedankt sich beim Stadtrat für die positive Kenntnisnahme des Postulates und für die Bereitschaft zur Umsetzung desselbigen. Eine Behandlung durch den Stadtrat garantiere eine einheitlichere Behandlung der Gesuche. Sie frage sich aber, warum dies erst in der nächsten Legislaturperiode geschehen soll. Es wäre von Vorteil, wenn der Gemeinderat bereits in einem Jahr die Bürgerrechtsgesuche an den Stadtrat delegieren könnte. Abschliessend bittet sie den Stadtrat, das Postulat vor Ablauf dieser Legislatur nochmals zu prüfen und begrüsst den Antrag auf Aufrechterhaltung.

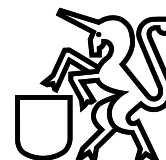
#### Diskussion:

Valeria Rampone (GEU) gibt namens ihrer Fraktion ein Votum ab:

Die GEU sei mit den Äusserungen des Stadtrates grundsätzlich einverstanden und unterstützt eine künftige Gesuchsbehandlung durch die Exekutive. Ferner vertrete die GEU die Meinung, dass ein Entscheid nicht besser werde, je mehr Leute sich daran beteiligten. Nachteile des heutigen Verfahrens seien diverse Doppelspurigkeiten sowie ein höherer Kosten- und Zeitaufwand. Für sieben Gesuche investiere die BRK rund fünf Stunden Arbeitszeit. Mit der neuen Bürgerrechtsverordnung seien jene Bereiche, welche sowohl vom Stadtrat als auch vom Gemeinderat geprüft werden, bedeutend kleiner geworden. Rampone gibt zu Bedenken, dass in Sachen Bürgerrecht eine Totalrevision auf kantonaler Ebene geplant sei. Je nach Zeitplan sei es durchaus denkbar, dass eine Anpassung der kommunalen Verordnung schon vor Beginn der nächsten Legislaturperiode in Angriff genommen werden müsste.

Orlando Wyss (SVP) verlangt das Wort:

„Die SVP hat die Antwort auf das Postulat Andrea Kennel betreffend Abtretung der Kompetenz der Einbürgerungen vom Gemeinderat an den Stadtrat zur Kenntnis genommen. Positiv vermerken wir, dass der Stadtrat in dieser Legislatur keine Aktivitäten vorsieht, welche eine Änderung des Status quo beinhaltet. Materiell gehen wir mit der Meinung des Stadtrates nicht einig. Es gibt einige Kriterien, welche ein Einbürgerungswilliger erfüllen muss. Die Prüfung der Sprachkompetenz und der staatsbürgerlichen Kenntnis übernimmt seit diesem Jahr die WBK. Bis jetzt konnten wir uns noch kein Bild über die Qualität dieser Prüfungen machen, da alle Einbürgerungswilligen bis jetzt noch nach dem alten Verfahren geprüft werden. Die Abklärungen über die Wohnsitzerfordernisse stellen keine Probleme dar. Es gibt aber für die Erteilung der Einbürgerung noch andere Kriterien, welche durchaus unterschiedlich bewertet werden können. Die Kriterien Eingliederung und Integration gehören hierzu, wie auch die wirtschaftlichen Verhältnisse. Wenn Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen die Einbürgerungen der letzten Zeit Revue passieren lassen, müsste Ihnen bei der Anzahl von Rückweisungen und Ablehnungen von Einbürgerungen eigentlich auch klar sein, dass ein kleines Grüpplein des Stadtrates nicht das geeignete Gremium sein kann, welches die zukünftigen Mitglieder unseres Souveräns bestimmt. Diese angesprochenen Fälle wären im stillen Kämmerlein allesamt durchgewunken worden. Wie wir bei den heute zu behandelnden Einbürgerungsgesuchen feststellen werden, müssen wir auch Fragezeichen bei der Bewertung der sozialhilferechtlichen Unterstützungen machen. Wenn der Stadtrat trotz der fünfjährigen Frist, in der keine gesetzliche Hilfe beansprucht werden darf, ein Gesuch genehmigt, bei welcher eine sozialhilferechtliche Unterstützung viereinhalb Jahre zuvor in Anspruch genommen wurde, so darf definitiv nicht ein Dreiergrüppchen der Exekutive



über Einbürgerungen abschliessend entscheiden. Nur die verzögerte Behandlung der heutigen Gesuche macht es möglich, dass diese dazumal noch geltende Frist von fünf Jahren um eine Woche eingehalten wird. Die SVP wird sich auch in der nächsten Legislatur dafür einsetzen und auch ganz bestimmt die Kraft dazu aufbringen, sich gegen diesen Demokratieabbau zur Wehr zu setzen. Was wir feststellen ist die Tatsache, dass gewisse Mitglieder des Gemeinderates es begrüssen würden, nicht mehr mit diesem Problem belästigt zu werden. Nach dem Motto „aus den Augen, aus dem Sinn“ wären Sie froh über die Kompetenzabtretung an den Stadtrat, damit sie nicht mehr von der Bevölkerung auf ihre Verantwortung angesprochen werden könnten. Die SVP Dübendorf sieht einem eventuellen Versuch für die Änderung unserer Gemeindeordnung gelassen entgegen und wird zum gegebenen Zeitpunkt entsprechend handeln.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Antrag Stadtrat (Aufrechterhaltung): 21 Stimmen  
Gegen Antrag Stadtrat: 11 Stimmen

Das Postulat Nr. 135 / 2007 wird somit aufrecht erhalten.

**4. Dringliche Interpellation Hans Baumann (SP / JUSO) und zehn Mitunterzeichnende betreffend Besoldung öffentliches Personal / Beantwortung**

Der Erstunterzeichner nimmt zur Antwort des Stadtrates vom 5. Juni 2008 Stellung:

„Im Namen der Interpellanten möchte ich darlegen, warum ich mit den Antworten des Stadtrates nur teilweise zufrieden bin. In der ersten Frage hatten wir den Stadtrat gefragt, ob er gewillt sei, angesichts der schnell gestiegenen Teuerung und des immer noch bestehenden Rückstands für das städtische Personal ausnahmsweise eine Teuerungsanpassung per 1. Juli dieses Jahres zu gewähren. Die Begründung für diese Nachzahlung war und ist immer noch stichhaltig. Vergleicht man die Lohnanpassung 2008 des städtischen Personals mit der Anpassung im Kanton und in anderen Gemeinden, ergibt sich, dass die vom Stadtrat angegebenen 2.03 Prozent für die Stadtverwaltung und die 1.66 Prozent Erhöhung für die Primarschule und das ASZ zwischen 0.8 und rund 2 Prozent (je nach Gemeinde) hinter dem Kanton und anderen Gemeinden herhinken. Und dies nicht zum ersten Mal. Wir denken also, eine solche ausserordentliche Nachzahlung wäre an der Zeit gewesen und der Stadtrat hat hier eine Chance verpasst, dem Personal etwas zu gewähren, was ihm zusteht. In der Antwort auf unsere zweite Frage stellt der Stadtrat in Aussicht, per 1.1.2009 die Teuerung generell für alle auszugleichen und darüber hinaus individuelle Lohnerhöhungen sowie Einmalzulagen zu gewähren. Hier sind wir erfreut darüber, dass der Stadtrat sich zum Prinzip bekennt, allen städtischen Angestellten wenigstens die Kaufkraft zu erhalten und die Teuerung auszugleichen. Dies ist jetzt besonders wichtig, beträgt doch die Jahresteuern zurzeit 2.9 Prozent und reisst ein gewaltiges Loch in die Portemonnaies aller Arbeitnehmenden. Die SP/JUSO-Fraktion wird bei der Budgetberatung darauf achten, dass der Stadtrat diese Versprechungen wahr macht und nächstes Jahr die Besoldungsanpassung gerechter gestaltet.“



## Diskussion:

Keine weiteren Wortmeldungen.

Das Geschäft Nr. 150 / 2008 ist somit erledigt.

## **5. Postulat Hans-Felix Trachsler (SVP) und 21 Mitunterzeichnende betreffend Abfallrechnung Begründung**

Der Erstunterzeichner begründet den Vorstoss:

„Das Thema Abfall ist im Dübendorfer Gemeinderat schon seit längerem immer wieder ein Diskussionspunkt. Bereits bei der Behandlung von Geschäftsbericht und Rechnung 2006 vor einem Jahr wies ich in meiner Funktion als Präsident der GRPK auf den hohen Saldo des Kontos Spezialfinanzierung Abfall hin.

Zitat aus Referat 2006

*Trotz Gebührensenkungen weist die Sonderrechnung Abfallbeseitigung einen positiven Saldo von knapp 1,2 Mio aus. Ein Betrag der aus Sicht der GRPK zu hoch ist. Derzeit plant der SR keine Senkung der Abfallgebühren. Massnahmen zur Verbesserung der Verkehrssituation bei der Abfallsammelstelle und im Bereich Littering sollen zulasten dieses Saldos finanziert werden. Nach Meinung der GRPK sind diese Ausführungen noch etwas vage. Mit dem VA07 sind entweder konkrete und auch betragsmässig bezifferte Projekte vorzulegen und/oder klare Massnahmen zur Gebührensenkung mit rascher und zuverlässiger Wirkung vorzusehen.*

Bei der Behandlung des Voranschlages 2008 strich der GR auf Antrag der GRPK verschiedene Projekte rund um den Abfall aus der Investitionsrechnung, da sie weder konkret geplant sind noch die Gebührenfrage geklärt ist. Bei der Beurteilung der Rechnung 2007 fiel auf, dass die Abfallrechnung weiterhin schwarze Zahlen schreibt. Der Saldo des Spezialfinanzierungskontos stieg auf gut 1,5 Mio Franken an, was in der GRPK erneut zu verschiedenen Fragen und Abklärungen Anlass gab. Die Ausführungen blieben bezüglich Gebührenfrage vage. Deshalb habe ich mich entschlossen, ein Postulat einzureichen, das von allen Mitgliedern der GRPK und von der SVP Fraktion unterzeichnet worden ist. Vielleicht rennen wir mit dem Vorstoss offene Türen ein. Aber nach der bekannten Vorgeschichte sind Ausführungen und Zusicherungen, dass das neue Abfallkonzept in Arbeit sei und dass auch eine Gebührenreduktion geplant sei, zu wenig konkret. Nun erwartet der GR schnell konkrete Taten. Die finanzielle Situation der Dübendorfer Abfallwirtschaft lässt eine markante Gebührenreduktion rasch zu. Der hohe Saldo der Abfallrechnung könnte ja unter Umständen zu wenig überlegten und wenig sinnvollen Investitionen verleiten. Knappe finanzielle Möglichkeiten reduzieren dieses Risiko per se markant. Mit diesem Vorstoss wollen wir erneut unterstreichen, dass nun die erforderlichen Massnahmen im Abfallbereich effektiv umgesetzt werden müssen. Der GR duldet keinen weiteren Aufschub mehr. Schliesslich gilt es, die kantonalen gesetzlichen Vorgaben – die Gebühren für die Abfallentsorgung sind kostendeckend zu gestalten – einzuhalten. Ich bitte den GR, das Postulat zu überweisen.“



## Diskussion:

Tiefbauvorstand Rolf Güttinger bestätigt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegen zu nehmen. Damit will der Stadtrat zeigen, dass er die Sache ernst nimmt. Weiter erklärt Güttinger, dass der Antrag für eine Gebührensenkung bereits vorbereitet sei.

Daniel Brühwiler (GEU) erinnert daran, dass der Gemeinderat in Sachen Abfall vom Stadtrat immer wieder vertröstet werde. Das Problem Abfall bestehe schon seit der letzten Legislaturperiode. Die GEU unterstütze deshalb das Postulat, weil das Problem dadurch nun zu einem Problem werde, das der Gesamtstadtrat lösen müsse. Im Weiteren bittet er den Stadtrat, bei der angekündigten Gebüh-  
renreduktion speziell die Grundgebühr in Betracht zu ziehen.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung:

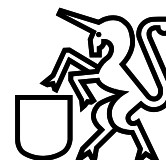
Für Überweisung an den Stadtrat: 32 Stimmen  
Gegen Überweisung an den Stadtrat: 0 Stimmen

Das Geschäft Nr. 165 / 2008 ist somit zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.

## **6. Postulat Thomas Maier (GEU) und 14 Mitunterzeichnende betreffend Dübendorf wird Energiestadt Gold / Begründung**

Der Erstunterzeichner begründet den Vorstoss:

„Schon seit einiger Zeit ist Dübendorf stolze Besitzerin. Stolze Besitzerin des Labels Energiestadt. Nicht nur an der Dübimäss präsentieren wir – zu Recht – stolz unsere geleistete Arbeit. Auch auf Präsentationen und Briefpapier: allerorts prangt das Label. Dübendorf hat diverse Anstrengungen unternommen, um dieses Label zu erhalten. Mit den wiederkehrenden Audits muss sie auch weiterhin in Sachen Energiepolitik aktuell bleiben. Im Sinne einer zukunftsgerichteten Energiepolitik und eines nachhaltigen Standortmarketings ist es unserer Ansicht nach für Dübendorf erstrebenswert, zum Kreis der Gemeinden zu gehören, die sich durch eine innovative Energiepolitik auszeichnen. Energiestädte nutzen ihre Ressourcen effizient, fördern erneuerbare Energien und eine umweltverträgliche Mobilität. Neben Dübendorf sind 152 Gemeinden mit dem Energiestadtlabel ausgezeichnet, zehn davon mit dem Label Energiestadt Gold. Wenn sich Dübendorf nun ebenfalls auf den Weg zur höchsten Auszeichnung der Energiestädte macht, zu Energiestadt Gold, zeigt unsere Stadt ihren Einwohnern und der örtlichen Wirtschaft, dass sie an Morgen denkt und nimmt eine Vorbildfunktion wahr. Das Bewusstsein aller in Bezug auf Energiefragen wird gestärkt – und Energie sparende Massnahmen werden auf allen Ebenen umgesetzt. Eine Energiestadt Gold kann sich auch einen Imagegewinn und Vorteile fürs Standortmarketing versprechen. Energiestädte werden als moderne Gemeinden wahrgenommen. Und nicht zuletzt zahlt sich ein kluges Energiemanagement in Franken und Rappen aus. Wenn sich die Stadt entscheidet, zur Energiestadt Gold zu werden, muss sie ihre energiepolitischen Anstrengungen weiter verstärken. Aus einem Katalog von 87 Massnahmen in den Bereichen Entwicklungsplanung und Raumordnung, Kommunale Gebäude und Anlagen, Versorgung und Entsorgung, Mobilität, Interne Organisation sowie Kommunikation und Kooperation, kann die Stadt selber Kriterien auswählen, welche sie angehen will, um mehr Punkte zu erhalten. In vielen Bereichen



hat Dübendorf bereits sehr gute Arbeit geleistet – und im letzten Audit mehr als 60% der möglichen Punkte erreicht. Für das Label Energiestadt Gold müssen mindestens 75% der möglichen Punkte erreicht werden. In Anführungszeichen „Leider“ ist es so, dass wer sich auf bestehenden Lorbeeren ausruht und nicht weiter innovativ und aktiv ist, rasch, zu rasch, abgehängt respektive überholt wird. Beispielhaft zeigt sich dies an der aktiven Förderung der Solartechnologie, wo die Schweiz in den 80er und zu Beginn der 90er-Jahren europaweit, wenn nicht sogar weltweit führend war. Mittlerweile wurden wir von vielen Ländern abgehängt und die ersten (wirtschaftlichen) Früchte der neuen Technologien und Innovationen werden vor allem anderswo eingefahren. Wir möchten in Dübendorf den Zug nicht verpassen und weiterhin an vorderster Front dabei sein. Aus diesem Grund haben wir dieses Postulat eingereicht. Im Übrigen: Bei Überweisung des Postulates würde der Stadtrat eingeladen, geeignete Massnahmen aufzuzeigen, mit denen Dübendorf das Ziel erreichen könnte und welches allenfalls die Kostenfolgen sind. Wir haben uns für diesen moderaten Weg entschieden, weil wir die Kosten für Dübendorf nicht exakt beziffern können und vor der definitiven Forderung nach dem Label Gold auch wissen möchten, was uns dies kosten würde. Wir sind überzeugt, dass Dübendorf mit seinen Aktivitäten im Bereich Gebäude (auch stadteigene!) oder alternative Energien gute Chancen hat, das Label Gold effizient zu erreichen. Zum Schluss noch eine kleine Bemerkung zum Standortmarketing und „gesunden Wettbewerb“: In Uster hat der Gemeinderat vor knapp einem Monat einstimmig ein Postulat überwiesen, das direkt die Umsetzung zum Label Gold forderte. Wir in Dübendorf leisten uns für 24, respektive wohl bald 29 Millionen Franken eine Sanierung des Alterszentrums. Weiter stehen grosse und extrem teure Investitionen an, wie zum Beispiel beim Bahnhof Stettbach, wo knapp 7 Millionen Franken anstehen. Dick gepflastert wird in Gockhausen bei der mit 5 Millionen Franken teuren Renovation der Oberen Geerenstrasse. Damit meine ich im Übrigen einzig und allein den sogenannten gebundenen Anteil, der nicht vom Volk genehmigt wurde. Bei diesen schwindelerregenden Millionenzahlen sollte man doch meinen, dass für energetische Massnahmen je nach dem noch ein paar Franken drin liegen. Unserer Meinung nach stimmt hier das Verhältnis bei weitem nicht mehr: auf der einen Seite mit Millionen – auf der anderen kein Franken für energetische Massnahmen. Bis jetzt hat uns das Label Energiestadt praktisch nichts gekostet und wir brüsten uns – zu Recht – im Standortmarketing damit bei jeder Gelegenheit. Wie im Standortmarketing üblich, vergleichen wir uns bei jeder „Kleinigkeit“ mit anderen Gemeinden. Und damit schliesst sich der Kreis: Wenn wir hier bereit sind, im Sinne des Postulates abklären zu lassen, was denn konkret notwendig ist, um das Label Gold zu erreichen und was es kostet, können wir mit der Spitze weiterhin mithalten. In diesem Sinn möchte ich Sie bitten, dieses Postulat zu unterstützen und für eine innovative Stadt Dübendorf zu stimmen – auch wenn es nicht um teuerste Millioneninvestitionen in repräsentative Gebäude geht.“

## Diskussion:

Stadtpräsident Lothar Ziörjen nimmt Stellung:

Die Stadt Dübendorf sei stolze Trägerin des Energielabels und nehme diesbezüglich nach wie vor eine Vorreiterrolle ein. Von 476 maximal Punkten habe Dübendorf 294 erreicht (61,8%), notabene in Verbindung mit entsprechenden Massnahmen. Für das Label Gold müsste sich Dübendorf auf 375 Punkte verbessern. Anhand von Beispielen zeigt Ziörjen auf, welche Massnahmen zu einem zusätzlichen Punktesaldo von 63 Punkten führen würden. Der Stadtrat ist ganz klar der Auffassung, dass Dübendorf mit dem bisherigen Label nach wie vor gut dasteht. Im Moment erachtet es der Stadtrat als verfrüht, den von den Postulanten geforderten Schritt zu forcieren. Ausserdem, so Ziörjen, wäre das ganze Vorhaben mit relativ viel Aufwand verbunden. Der Stadtrat beantragt deshalb, das Postulat nicht zu überweisen.

Pia Etter bestätigt, dass die SP-/JUSO-Fraktion das Postulat der GEU unterstützt. Das bisherige Label sei ja gut, aber man soll nach Höherem streben. Damit könne sich Dübendorf von anderen Gemeinden ein Stück abheben, was sicher auch standortfördernd sei.





Ruedi Herter (FDP) betont, dass es seine Fraktion grundsätzlich gut finde, dass die Stadt Anstrengungen bezzüglich Energiesparmassnahmen unternehme. Der Label Gold sei aber ein zu hohes Ziel im falschen Moment postuliert. Die FDP ist für einen sinnvollen Einsatz der Ressourcen und lehnt die Überweisung des Postulates ab.

Arthur Gasser (EDU) glaubt, dass Gemeinden mit einem grossen Wachstumsschub – wie zum Beispiel Fällanden – eine bessere Ausgangslage hätten. Hier vergleiche man Äpfel mit Birnen. Dübendorf müsse froh sein, wenn es den bisherigen Label beibehalten könne.

Daniel Brühwiler (GEU) stellt fest, dass sich der Stadtpräsident in seinen Ausführungen stellenweise selber widersprochen habe. Anscheinend sei es nicht so schwierig, die nötige Punktezahl zu erreichen. Es gehe auch nicht um einen Showeffekt. Tatsache sei, dass der Ölpreis markant angestiegen sei und weiterhin noch steige. Es sei nun an der Zeit, frühzeitig zu handeln. Ohne Zielsetzung erreiche man nie das Ziel. Zitat Brühwiler: „Wer zu spät kommt, den bestraft die Geschichte.“

Orlando Wyss (SVP) verlangt das Wort:

„Das Label Energiestadt bekommt, wer 50 Prozent der möglichen 500 Punkte der 87 Massnahmen für Energiestädte erreicht. Dies beinhaltet die Entwicklungsplanung und Raumordnung einer Stadt, das Management über kommunale Gebäude und Anlagen, die Versorgung und Entsorgung, die Mobilität, die interne Organisation und die Kommunikation und Kooperation im Umgang mit der Energie und den Ressourcen. Wenn man den Anforderungskatalog liest, stellt man fest, dass viele dieser Forderungen natürliche Aufgaben einer Exekutive sind, welche ohne Vergabe eines Labels von jeder verantwortlichen Stadtregierung umgesetzt werden. Andere Forderungen sind links-grün politisch motivierte Umsetzungen, auf die eine Stadt wie Dübendorf dankend verzichten kann. Die Stadt Dübendorf hat sich zum Ziel gesetzt, das Label Energiestadt zu erfüllen. Es ist ihr auch gelungen, da sie 60% dieser Forderungen umgesetzt hat. Das Postulat Thomas Maier verlangt nun, dass die Stadt Dübendorf das Label Energiestadt Gold anvisieren soll, bei dem man 75% der Forderungen erfüllen muss. Dabei soll sich unsere Stadt in die Gilde der rot-grünen Städte Zürich, Winterthur, Basel, Delémont, etc. einreihen, um unser Umweltbewusstsein besser dokumentieren zu können. Das Label Gold wird als Champions League des Umweltbewusstseins verkauft. Wir sind uns sehr wahrscheinlich alle bewusst, dass die Umsetzung des Labels Energiestadt einige Ressourcen unserer Verwaltung absorbiert. So bin ich sicher, dass nur schon das bisher erworbene Label Energiestadt erhebliche Kostenspuren für das Controlling der Voraussetzungen der Massnahmen in unserer Verwaltung hinterlässt, nicht zu sprechen von den Kosten der Umsetzung. Über Sinn oder Unsinn der einzelnen Massnahmen wollen wir uns hier nicht auslassen. Wir könnten aber durchaus die Diskussion darüber führen, ob die Notwendigkeit eines Showeffektes gegen aussen, wie dies das Label Energiestadt darstellt, für ein eigenverantwortliches Gremium, wie dies unser Stadtrat eigentlich sein sollte, überhaupt gegeben ist. Da unser Stadtrat der Ansicht ist, bei dieser Veranstaltung dabei zu sein, müssen wir uns bei dieser Vorlage nicht weiter darüber unterhalten. Wenn aber unsere Stadtverwaltung der Ansicht wäre, ihre Personalressourcen für das Label Gold weiter aufblähen zu müssen, würde sich die SVP vehement gegen dieses Ansinnen wehren. Wir haben nichts gegen Energieeffizienz und sparsamen Umgang mit unseren Ressourcen. Wenn aber unsere Mobilität mit Begegnungszonen und Verhinderung von Parkierungsmöglichkeiten behindert werden soll, wehren wir uns gegen diese linke Verhinderungspolitik. Auch die geforderte Öffentlichkeitsarbeit in Sachen Mobilitätszentrale oder Beratungsstellen zeigt auf, wohin der Weg gehen soll. Die so genannten Sensibilisierungs- und Werbekampagnen würde zu einer weiteren Aufblähung unserer Verwaltung führen, mit der die Klientel der Linken zu weiteren Stellen in unserer Stadt verholpen würde. Wir wollen aber keine Verwaltung, welche sich nur in Workshops mit sich selbst und der Umsetzung von links-grünen Ideen beschäftigt. Wir wollen eine Verwaltung, welche die vordringlichen Problemstellungen unserer Bevölkerung angeht und diese mit grosser Effizienz und Qualität umsetzt. Aus diesem Grund bitte ich



den Gemeinderat im Namen der eigenverantwortlichen Einwohner der Stadt Dübendorf die Überweisung des Postulats abzulehnen und auf das Showlabel Gold zu verzichten.“

Keine weiteren Wortmeldungen.

Abstimmung:

Für Überweisung an den Stadtrat: 17 Stimmen  
Gegen Überweisung an den Stadtrat: 18 Stimmen

Das Geschäft Nr. 166 / 2008 ist somit nicht an den Stadtrat überwiesen.

**7. Postulat Gaby Gossweiler (FDP) und Daniel Brühwiler (GEU) sowie 8 Mitunterzeichnende betreffend Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit / Begründung**

Daniel Brühwiler (GEU) begründet den Vorstoss:

„Das zur Diskussion stehende Postulat hat die Verkehrssicherheit der Velofahrer im Auge. Dieses Geschäft ist daher verwandt mit dem Geschäft Nr. 10, welches heute ebenfalls auf der Liste steht. Das ist kein Zufall, kam doch der Anstoss zu diesem Postulat während der Beratung der „Volksinitiative für ein durchgängiges Velonetz und genügend Veloabstellanlagen in Dübendorf“ in der GRPK. Wie Sie bei der Vorbereitung für die heutige Gemeinderatssitzung gesehen haben, unterbreitet die GRPK einen Gegenvorschlag zur genannten Initiative. Sie fragen sich vielleicht, warum neben dem Gegenvorschlag der GRPK noch separat ein Postulat zum gleichen Thema eingereicht wurde. Ursprünglich waren die Forderungen dieses Postulates tatsächlich im Gegenvorschlag zur Volksinitiative enthalten. Da die Volksinitiative jedoch die Form einer allgemeinen Anregung hat, muss auch der Gegenvorschlag die Form der allgemeinen Anregung aufweisen. Die Forderungen des Postulates – Trixi-Spiegel und Velostadtplan – sind hingegen sehr konkret. Aus formalen Gründen mussten sie deshalb aus dem Gegenvorschlag herausgelöst und in einem eigenen Vorstoss verpackt werden. Trixi-Spiegel erhöhen die Verkehrssicherheit an Kreuzungen mit Rechtsabbiege Spuren, indem sie den toten Winkel aufheben. Der Nutzen solcher Spiegel ist eigentlich unbestritten; sie werden sowohl vom ASTAG als auch von der IG Velo empfohlen. Beim geforderten Velostadtplan geht es darum, sich einmal bewusst zu machen, dass Dübendorf an vielen Orten verkehrsfreie oder verkehrsarme Wege besitzt, die sich sehr gut zum Velofahren eignen. Mit einem Velostadtplan wäre es möglich, diesen Vorzug von Dübendorf gegenüber den Einwohnern auch zu verkaufen, auch wenn das Velonetz als Ganzes noch ein Stück davon entfernt ist, perfekt zu sein. Dieser Stadtplan ist nicht in erster Linie für den routinierten Velofahrer gedacht; der fährt nämlich problemlos auch mal 300 Meter auf der Strasse. Sofern er diese aus Geschwindigkeitsgründen nicht sogar grundsätzlich vorzieht. Für weniger geübte Fahrer oder wenn man mit Kindern unterwegs ist, sind die genannten verkehrsarmen beziehungsweise verkehrsfreien Nebenrouten jedoch unabdingbar, um sicher vorwärts zu kommen. Genau für diese Zielgruppe kann ein Velostadtplan einen unschätzbaren Beitrag zur Verkehrssicherheit leisten. In diesem Sinn bitte ich Sie, der Überweisung des Postulates an den Stadtrat zuzustimmen. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.“

Diskussion:

Stadtpräsident Lothar Ziörjen bestätigt, dass der Stadtrat vom Inhalt des Postulates überzeugt ist.



Namens der SP-/JUSO-Fraktion dankt Toni Lanzendörfer der GRPK für diese „sehr gute Geschichte“. Es sei nicht selbstverständlich, dass ein zweirädriges Thema in einem solchen Ausmass hinterfragt werde. Für die Fraktion stelle das Postulat eine Ergänzung zur Initiative dar.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung:

Für Überweisung an den Stadtrat: 31 Stimmen

Gegen Überweisung an den Stadtrat: 2 Stimmen

Das Geschäft Nr. 165 / 2008 ist somit zur Beantwortung an den Stadtrat überwiesen.

## **8. Genehmigung der Jahresrechnung 2007**

Ratspräsidentin Andrea Kuhn erläutert das Vorgehen. Wenn in der Detailberatung zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten sie als genehmigt.

Keine Einwändungen.

### a) Eintretensdebatte

GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP) nimmt namens er GRPK Stellung:

„Ich gliedere mein diesjähriges Referat in drei Teile

- Eintretensdebatte mit einer Gesamtschau
- Detailberatung mit Hinweisen zu Feststellungen
- Antrag

Die GRPK befasste sich in den letzten Wochen intensiv mit der Beurteilung und der Prüfung der Rechnung 2007. Die GRPK stellte wie in den Vorjahren zahlreiche Fragen zur Rechnung zusammen, die offen, transparent und ehrlich beantwortet worden sind. Für diese Informationspraxis spreche ich im Namen der GRPK den verbindlichen Dank aus. Die Antworten ermöglichten einen vertieften Einblick in verschiedene aktuelle Herausforderungen. Erneut nahm das Gemeindeamt des Kantons ergänzend eine technische Vorprüfung der Rechnung vor, damit sich die GRPK bei ihrer Arbeit primär auf die politischen Fragestellungen konzentrieren konnte. Die Profirevisoren kontrollierten, ob die Rechnungslegung den gesetzlichen Vorschriften entspricht und vertieften schwerpunktmässig die Arbeit im Bereich „Pensions- und Pflögetaxen im Alterszentrum“. Die verantwortlichen Revisoren attestierten, dass die Buchhaltung der Stadt Dübendorf rechnerisch gut geführt sei, allerdings lasse sich die Qualität durch eine sorgfältigere Schlusskontrolle noch steigern. Die GRPK beurteilt die Arbeit der technischen Vorprüfung als zweckmässig und wertvoll. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass immer wieder auf neue Aspekte hingewiesen werden, die sonst dem Milizgremium verborgen bleiben. Die GRPK hat ein sehr gutes Ergebnis der Rechnung 2007 der Stadt Dübendorf zur Kenntnis genommen. Bei der Beurteilung der laufenden Rechnung bildete der Abfallbereich einen Schwerpunkt. Leider stellten wir in dieser Sparte ein generelles Unbehagen fest. Ich trete bei der Bear-



beitung des Geschäftsberichtes detailliert auf unsere Feststellungen ein und verzichte auf einen weiteren Kommentar bei der Rechnung.

Die GRPK beantragt Eintreten auf die Rechnung.“

## Allgemeine Diskussion zur Eintretensdebatte

Anhand einer Grafik zeigt Toni Keller (SVP) auf, dass in den vergangenen neun Jahren kein Budget mit einem positiven Rechnungsabschluss vorgelegt worden sei. Dennoch hätten sämtliche Rechnungen immer besser als budgetiert abgeschlossen. Kummuliert habe das Eigenkapital der Stadt Dübendorf um rund 8 Millionen Franken zugelegt.

Stephan Schneider verlangt namens der CVP-Fraktion das Wort:

„Die CVP nimmt den positiven Rechnungsabschluss mit grosser Genugtuung zur Kenntnis, ohne aber dabei zu euphorisch zu werden. Bei einem Fremdkapital von 123 Millionen Franken und einem Finanzvermögen von rund 133 Millionen kann man noch nicht von einer stabilen, gesunden Finanzlage sprechen. Dies besonders im Blickwinkel der vielen bevorstehenden Investitionen. Die meisten Sparbemühungen zeigen aber nachhaltigen Erfolg. Das Ziel, vernünftig Schulden abzubauen, muss weiterhin oberste Priorität haben. Mit Besorgnis wird zur Kenntnis genommen, dass der Bereich Abfall weiterhin ein Sorgenkind ist. Die CVP hofft, dass die Verantwortlichen nun endlich zielorientiert handeln, so dass endlich auch mal ein Resultat vorliegt – vielleicht wäre im Moment weniger eben mehr. Einerseits sind die sprudelnden Steuern ein wahrhaftiger Segen für den Finanzhaushalt. Dies darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Erträge bei den juristischen Personen nicht gleich sprudeln wie in anderen Gemeinden. Weiter dürften die Steuererträge der juristischen Personen in naher Zukunft wieder eher sinken. Im 2002 hatten die juristischen Personen einen Anteil von 21,46 % am Steuerertrag, im 2007 noch rund 11,3 % - dies trotz positiver Wirtschaftslage. Die Städte Dietikon, Opfikon und Schlieren wiesen zum Beispiel einen markant höheren Ertragsteil an juristischen Personen aus. Sogar Volketswil und Uster können sich über einen höheren Ertrag an juristischen Personen freuen. Es könnte der Schluss gezogen werden, dass andere Städte im Bereich Ansiedlungen von juristischen Personen erfolgreicher sind, während Dübendorf eventuell die Zeit etwas verschlafen hat. Es ist aus Sicht der CVP unbedingt ein intensiveres und erfolgreicherer Standortmarketing zu betreiben, um hier mit den anderen Städten Schritt halten zu können. Es ist erfreulich festzustellen, dass die Verwaltung nach langem Schlaf in Bewegung ist und viele kostenintensive Projekte lanciert wurden. Es herrscht eine gewisse Aufbruchstimmung. Dem wertvollsten Gut, den Mitarbeitenden, ist aber gerade in solchen Zeiten sehr grosse Aufmerksamkeit zu schenken. Vor lauter Projekten und Veränderungsdrang ist dennoch das Motto „Mut zur Lücke“ nicht zu vergessen. Wenn rund ein Fünftel der Mitarbeitenden unzufrieden bis zufrieden sind, ist dies noch nicht der Weltuntergang. Es ist aber sicherlich ein gewisser Handlungsbedarf angesagt. Es bleibt zu hoffen, dass trotz sorgsamem Haushalt die Anliegen der Mitarbeitenden aller Stufen noch verbessert wahrgenommen werden und die Stadt auch im Lohnbereich nicht noch mehr an Attraktivität einbüsst. Gesamthaft attestiert die CVP aber dem Stadtrat ein gutes Zeugnis in Bezug auf die Jahresrechnung und hofft, dass trotz Handbremse die Innovation und der Mut etwas zu verändern verstärkter in den Alltag des Stadtrates fliessen werden. Die CVP beantragt ebenfalls Eintreten auf die Rechnung 2007.“

Orlando Wyss (SVP) verlangt das Wort:

„Die Rechnung 2007 schliesst erfreulich ab. Über 9,2 Mio. Franken besser als budgetiert. Der Cash-Bestand in der Kasse war Ende Jahr über 24 Mio. Franken. Im Jahr 2008 werden von den 77,5 Mio. Franken Schulden 18,5 Mio. zur Rückzahlung fällig. Wir werden diese vollständig zurückzahlen können und sind Ende 2008 auf mittel- und langfristigen Schulden von ca. 59 Mio. Franken angelangt.



Denn darin sind sich sicher alle einig; die Investitionen des Jahres 2008 können wir mit den vorigen flüssigen Mitteln und dem zu erwartenden Überschuss des Jahres 2008 locker finanzieren. Positiv zur Rechnung 2007 zu bemerken ist, dass sie aufwandseitig sogar noch leicht unter den budgetierten Zahlen schloss. Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Im Dezember 2006 hatte die SVP keine Forderung auf Steuerfussreduktion gestellt, weil sie sich auf die im gleichen Monat stattfindende Oberstufenschulgemeindeversammlung konzentrierte. An dieser Versammlung kämpfte die SVP gegen die Erhöhung des Steuerfusses um 2%. Wer an der Versammlung anwesend war, kann sich erinnern, dass ich dort die Budgetzahlen von Martin Bäumle betreffend der Steuereinnahmen stark angezweifelt hatte und darauf hinwies, wie sehr die budgetierten Einnahmen mit den effektiven Zahlen schon in der Vergangenheit immer wieder auseinander klafften. Wie Sie wissen, nützte unser Einsatz nichts, der Steuerfuss wurde um 2% erhöht. Hier sehen wir, dass permanent zu tiefe Budgetierung der Einnahmen auch Auswirkungen auf andere Gemeinden haben, bei uns Oberstufenschul- und Kirchgemeinden. Szenenwechsel. Am 3. Dezember 2007, bei der Budgetdebatte 2008 wurde suggeriert, dass der Rechnungsabschluss 2007 etwa 3,3 Mio. Franken besser abschliessen werde. An diesem Tag sprach Martin Bäumle von erhöhten Steuereinnahmen, ohne aber konkret zu werden. Patrick Walder stellte im Namen der SVP den Antrag, den Steuerfuss um 3% zu senken. Er argumentierte, dass die Steuereinnahmen viel zu tief budgetiert seien. Die umliegenden Gemeinden hätten die Zahlen realistischer eingeschätzt und den Steuerfuss um 6 und 7 Prozent gesenkt. Durch den Verkauf des Areals Bahnhof Nord kämen Gewinne auf die Stadt Dübendorf zu, welche zum Abbau der Schulden benutzt werden könnten. Die einleuchtende Rechnung von Patrick Walder, die Hälfte der gesamten Mehrerträge für den Schuldenabbau und die andere Hälfte, wohlverstanden durch Einnahmensteigerungen zu erreichen, für die Steuerfussreduktion zu verwenden, kanzelte unser Finanzvorstand als „Milchbuechlirechnung“ ab. Wie wir nun alle aufgrund der Zahlen von 2007 und den zu erwartenden Einnahmen 2008 abschätzen können, hat das „Milchbuechli“ von Patrick Walder den grösseren Wahrheitsgehalt, als das Budget von Martin Bäumle. Wir müssen feststellen, dass unser Finanzvorstand gut drei Wochen vor Abschluss des Finanzjahres 2007 entweder die Zahlen nicht kannte oder sie uns bewusst vorenthielt. Beides stellt ihm kein gutes Zeugnis aus. Die Auswirkungen der wieder falsch budgetierten Steuereinnahmen für das Jahr 2008 bekamen wir wieder bei der Oberstufenschulgemeinde zu spüren. Wieder wollte die Oberstufe den Steuerfuss um 2% erhöhen, diesmal etwas perfider als ein Jahr zuvor. Die RPK wurde vorgeschickt, um diese Erhöhung zu erreichen. Wie wir wissen, brauchte es den vollen Einsatz der SVP, damit wir dieses Ansinnen knapp bodigen konnten. Die immer schlechter werdende Wettbewerbsfähigkeit unserer Stadt gegenüber den Gemeinden in unserer Umgebung dürfen wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Wer argumentiert, der Steuerfuss sei für eine Gemeinde unwichtig, zeigt eigentlich nur seine Inkompetenz in Sachen Finanzpolitik auf. Die Beispiele des Kantons Obwalden oder der Steuerstreit der EU mit unserem Land sollten eigentlich jedem klar machen, dass ein tiefer Steuerfuss ein erheblicher Standortvorteil ist. Dazu kommen die sofort aufkeimenden Gelüste, vor allem von Politikern der linken Seite, Mehrausgaben zu generieren, wenn solche „nicht erwarteten“ Ergebnisverbesserungen der Rechnung ausgewiesen werden müssen. Der VPOD verstieg sich sogar auf die Behauptung, dass die Verbesserung der Rechnung 2007 auf die gute Leistung des Personals zurückzuführen sei und verlangt darum erhebliche Lohnverbesserungen. Eine unglaubliche Frechheit gegenüber unserem Personal der Stadtverwaltung. Damit behaupten sie nämlich nichts anderes, als dass das Personal der Stadt Dübendorf in früheren Jahren schlecht gearbeitet hätte. Abschliessend können wir als positive Auswirkung der Rechnung 2007 die Verringerung der Schulden festhalten. Für das Jahr 2009 brauchen wir aber eine Steuerfuss-Senkung, welche den Steuerzahler merklich entlastet und nicht nur Kosmetik beinhaltet. Wir erwarten von Martin Bäumle eine Reduktion des Steuerfusses für das Jahr 2009, welche näher bei zehn als bei einem Prozent sein muss. Nur so können wir die verloren gegangene Wettbewerbsfähigkeit von Dübendorf ein Stück weit wieder aufholen.“

Keine weiteren Wortmeldungen aus dem Rat. Eintreten ist somit beschlossen.



Namens der GRPK nimmt Hans-Felix Trachsler zur Detailberatung Stellung:

„Die laufende Rechnung 2007 schliesst mit einem Ertragsüberschuss von 7'933'000 Franken ab, was eine Verbesserung gegenüber Budget um fast 9,2 Millionen Franken entspricht. Stabiler Aufwand und wesentlich höhere Steuereinnahmen beeinflussten das Ergebnis nachhaltig positiv. Das Ergebnis ist erfreulich und lässt trotz verschiedenen grösseren Investitionsvorhaben in naher Zukunft ausreichend Raum für eine angemessene Anpassung des Steuerfusses. Ich verzichte an dieser Stelle auf eine Detailanalyse um Doppelspurigkeiten mit den Ausführungen von Stadtrat Martin Bäumle zu vermeiden.

## Laufende Rechnung

Erstmals liegt die Jahresrechnung in einem neuen Format vor. Die Zahlen jeder Abteilung liegen in geraffter Form mit Möglichkeit zum Vergleich von Rechnung Vorjahr und Budget, so dass sich Entwicklungstendenzen ablesen lassen. Wertvoll sind die ergänzenden Kommentare, die einen vertieften Einblick ermöglichen; die Aussagekraft lässt sich durch präzisere Formulierungen für den externen Leser noch verbessern.

## Pensions- und Pflögetaxen Alterszentrum

Das Gemeindeamt beurteilte bei der technischen Vorprüfung die Verrechnung der Pensions- und Pflögetaxen im Alterszentrum. Die Revisoren stellten grundsätzlich ein gutes Zeugnis aus, auch wenn sich verschiedene Abläufe insbesondere rund um die Schnittstelle zwischen Alterszentrum und Finanzbuchhaltung noch optimieren lassen. So wurden die vorgenommenen Abstimmarbeiten nicht vollständig dokumentiert. Künftig lässt die erweiterte Software die Erstellung einer elektronischen Belegungsübersicht, die zur Kontrolle der Verrechnung der Pensionstaxen dient, zu, was Nachvollziehbarkeit der Mutationen erleichtert und damit das Risiko von unvollständigem Taxeneinzug verhindert.

Keine ergänzenden Bemerkungen zu Investitionsrechnung, die Bestandesrechnung und die Sonderrechnungen. Alle Fragen wurden geklärt.

## Pensionskasse

Erneut revidierte die BDO Visura den Jahresabschluss per 31.12.07 der Pensionskasse. Die GRPK hat den Revisionsbericht erhalten und zur Kenntnis genommen. Erwähnenswert sind hier folgende Aspekte: Die Revisionsstelle weist in ihrem Bericht vom 16.5.08 darauf hin, dass das 1999 gewährte Darlehen der Pensionskasse an die Stadt Dübendorf im Umfang von 15,76 Mio Franken gegen die Anlagerichtlinien gemäss Art. 57 Abs 1 BVV2 (Bestimmungen über die ungesicherte Anlagen beim Arbeitgeber) verstosse. Die Pensionskasse vertritt in dieser Frage eine andere Ansicht. Das Amt für berufliche Vorsorge hat diesen Sachverhalt ebenfalls zur Kenntnis genommen, jedoch bis heute keine Auflage formuliert. Die Stadt und die Pensionskasse streben eine weitere Entflechtung an: Per 31.12.07 wurde eine erste Tranche über 6 Millionen zurückgeführt. Weitere Tranchen von je 12 Millionen könnten per 31.12.08 und 31.12.09 getilgt werden. Derzeit sind diese möglichen Rückzahlungen aber noch als Absichtserklärungen zu taxieren. Der Deckungsgrad der Pensionskasse betrug per 31.12.07 112,7 %, im Vorjahr 116 %. Die Performance der Anlagen betrug im Berichtsjahr 2,6 % gegenüber 6,1 % im Vorjahr. Die Wertschwankungsreserve betrug rund 15 Mio Franken. Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf strebt eine um 2,7 Mio höhere Reserve an. Um diesen Betrag ist die Dübendorfer Pensionskasse nicht vollständig risikofähig.



## Antrag

Die GRPK beantragt dem Gemeinderat

- Die Jahresrechnung 2007
  - a) des Politischen Gutes
  - b) der Pensionskasse
- zu genehmigen.
- Der Aufwandüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 7 932 595.80 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 dem Eigenkapital belastet.

Hans-Felix Trachsler bittet den Gemeinderat, dem Antrag der GRPK zu folgen.

Finanzvorstand Martin Bäumle erläutert mittels einer PowerPoint-Präsentation die Eckwerte der Rechnung 2007 und macht einen kurzen Ausblick auf das kommende Jahr:

- Personalkosten konnten dank Focus06-Massnahmen stabilisiert werden.
- Sachaufwand ebenfalls stabilisiert, 2007 etwas tiefer, dank guter Leistung der Verwaltung.
- Rückgang der Fürsorgeleistungen, da mehr Beträge zurückgefordert werden konnten.
- Anstieg bei der Primarschule wegen Umsetzung des neuen Volksschulgesetzes.
- Deutlich besserer Steuerertrag, rund 1 Millionen Mehreinnahmen bei den Grundsteuern.
- Nur knapp 3 Millionen Franken investiert, deshalb dieses gute Rechnungsergebnis.
- Stadtrat ist weiterhin sehr restriktiv mit Neuinvestitionen.
- Seit 1997 erlebt Dübendorf eine unterdurchschnittliche Steuerkraftentwicklung.
- Schulden konnten von 150 Millionen (1998) auf 70 Millionen (2008) abgebaut werden.

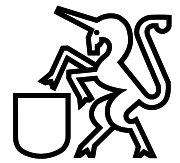
Ausblick 2008 / Zukunft:

- Steuerertrag wird etwas Optimistischer eingeschätzt.
- Grundsteuerertrag wird ebenfalls positiv eingeschätzt.
- Steuersenkung ist wünschbar, wenn nachhaltig auf allen Ebenen der Aufwand reduziert wird.
- Das Ziel, den Nettoaufwand zu dämpfen, ist gefährdet.
- Grosse Investitionen wie Geerenstrasse, Glattalbahn und Alterszentrum stehen an.
- Focus06 soll in einem letzten Schritt wirksam werden und 2009 abgeschlossen sein.
- Das Personal soll nach 2008 für 2009 von einer Lohnrunde profitieren.

Der Finanzvorstand beantragt im Namen des Stadtrates, der Rechnung 2007 zuzustimmen.

Orlando Wyss (SVP) stellt eine Verständigungsfrage betreffend Investitionen und deren Abschreibungsauswirkungen auf die Rechnung. Martin Bäumle antwortet ausführlich und kompetent.

Keine weiteren allgemeinen Bemerkungen zur Rechnung aus dem Rat.



## b) Detailberatung

### 1. Laufende Rechnung, Seiten 13 bis 87

#### *10 Präsidium und Planung, Seiten 13 - 21*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *11 Finanzen, Seiten 21 – 28*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *12 Abteilung Hochbau, Seiten 28 – 29*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *13 Tiefbau und Betriebe, Seiten 29 – 35*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *14 Sicherheit, Seiten 36 – 42*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *15 Entsorgung und Betriebe, Seiten 42 – 45*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *16 Soziales, Seiten 45 – 54*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *17 Bildung und Jugend, Seiten 54 – 56*

Keine Anträge, genehmigt.

#### *19 Primarschule, Seiten 56 – 64*

Keine Anträge, genehmigt

### 2. Investitionsrechnung, Seiten 90 – 111

Keine Anträge, genehmigt.

### 3. Bestandesrechnung, Spezialrechnungen und Spezialfinanzierungen, Seiten 112 - 141

Keine Anträge, genehmigt.





#### 4. Pensionskasse der Stadt Dübendorf, Seiten 151 - 168

Ergänzung Finanzvorstand Martin Bäumle zum Stichwort „ungesicherte Darlehen“: Bis 1999 war das Vermögen der Pensionskasse Dübendorf (PKD) zu 100% beim Arbeitgeber angelegt, dies ohne Darlehensverträge und gab bei der Revision 20 Jahre lang nie Anlass zu Fragen oder Kritik. Mit der Umschichtung des Vermögens ab 1999 wurden die vorher 100% auf 25 bis 30% reduziert und mit klaren Darlehensverträgen gesichert. Die Pensionskassenkommission und deren Fachberater sind deshalb der klaren Auffassung, dass diese Vermögenswerte keine ungesicherten Darlehen darstellen. Trotzdem wollen Pensionskasse und Stadt diese Darlehen entflechten und werden nach 6 Millionen im Jahr 2007 weitere 12 Millionen per Ende 2008 auslaufen lassen. Die letzten 12 Millionen werden voraussichtlich bei Ablauf ebenfalls abgelöst und damit entflochten.

#### 5. Gesamtergebnis, Seiten 3 – 4

Keine Anträge, genehmigt.

Schlussabstimmung:

Die Jahresrechnung 2007 wird mit

35 Ja zu 0 Nein

genehmigt.

Beschluss:

##### 1. Die Jahresrechnung 2007

- a) des Politischen Gutes
- b) der Pensionskasse

wird genehmigt.

- ##### 2. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 7'932'595.79 wird – gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern des Kantons Zürich vom 10. Oktober 1984 – dem Eigenkapital gutgeschrieben.

---

20.55 Uhr: 10 Minuten Pause

---



---

## 9. Genehmigung des Geschäftsberichtes 2007

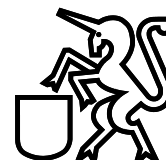
Namens der GRPK nimmt Hans-Felix Trachsler zum Geschäftsbericht Stellung:

„Die GRPK befasst sich bei der Beurteilung von Rechnung und Geschäftsbericht 2007 in diesem Jahr aus verschiedenen Gründen intensiver mit dem Geschäftsbericht. Bekanntlich überschneiden sich verschiedene Themenkreise aus Rechnung und Geschäftsbericht. Der illustrative Bericht enthält erneut eine Fülle von Informationen über die politische Arbeit im vergangenen Jahr und gibt Einblicke in die vielfältigen Aufgaben des Stadtrates und der Verwaltung. In einer offenen Diskussionsrunde mit dem Stadtrat konnten die mehr als 30 von der GRPK zusammengetragenen Fragen zum Geschäftsbericht geklärt werden. Gleichzeitig verschaffte sich die GRPK einen vertieften Einblick in aktuelle Fragestellungen und künftige Entwicklungen.

In meinem Referat will ich aus der Diskussion mit dem Stadtrat fünf Themenbereiche etwas vertieft beleuchten, nämlich:

- Die Abfallwirtschaft
- Die Informatik
- Die Stadtentwicklung
- Den Umgang mit Konzepten
- Die Personalfrage

Das Thema Abfall ist und bleibt leider ein Diskussionspunkt auf der Agenda der Dübendorfer Gemeindepolitik: Bereits vor Jahresfrist wies ich in meinem Referat auf die Entwicklung des Saldos der Sonderrechnung Abfallbeseitigung hin und ermunterte den Stadtrat, eine Gebührensenkung rasch an die Hand zu nehmen. Ein Jahr später stellen wir in dieser Frage eine unveränderte Situation fest. Weder liegt die in Aussicht gestellte Gesamtschau der Abfallwirtschaft vor, noch ist die notwendige Gebührenreduktion konkret beschlossen. Der Saldo des Spezialfinanzierungskontos stieg gar auf 1,5 Mio Franken an. Nun duldet der Gemeinderat keinen weiteren Aufschub in der Gebührenfrage mehr, denn es sind auch in Dübendorf die gesetzlichen Vorgaben – die Gebühren sind bekanntlich kostendeckend zu gestalten – klar einzuhalten. Die verschiedenen Antworten auf die Fragen der GRPK rund um die Abfallwirtschaft befriedigten uns nicht, so dass sich eine Delegation der GRPK zu einem zweistündigen Gespräch mit Stadtrat Rolf Güttinger und Abteilungsleiter Jürg Sebestin traf. Folgende zentrale Aspekte kamen zur Sprache: Seit der Integration der Abfallwirtschaft in die Tiefbauabteilung zu Beginn der laufenden Legislaturperiode, sind die personellen Ressourcen nach unserer Einschätzung zu knapp, um die vielfältigen Aufgaben optimal zu bewältigen, beziehungsweise neue und gute Ideen konkret umzusetzen. Die Schaffung einer neuen Stelle für einen Stellvertreter des Abteilungsleiters ist zwischenzeitlich vom Stadtrat bewilligt worden. Die Personalrekrutierung ist noch nicht abgeschlossen. Im Bereich der Abfallsammelstelle Schörli wurden verschiedene Massnahmen zur rationelleren Abwicklung der Aufgaben umgesetzt, gewisse Aspekte im Zusammenhang mit der Verkehrsführung sind noch im Planungsstand. Allerdings ist die Kapazitätsgrenze bald erreicht, da die bequeme Entsorgungsmöglichkeit nicht nur von Dübendorfern rege benützt wird. Für die effiziente und effektive Führung der Abfallwirtschaft braucht es eine zweckmässige Kostenrechnung mit Verknüpfung zwischen Geld- und Materialflüssen. Nur so können die Gebühren basierend auf einer verlässlichen Grundlage fixiert werden. Vor Jahresfrist wurde dem Gemeinderat eine Gesamtschau der Abfallwirtschaft in Aussicht gestellt. Mit Beschluss vom 6.12.07 sprach der Stadtrat für die Ausarbeitung eines Abfallkonzeptes den notwendigen Kredit. Erst im Rahmen der Bearbeitung des Geschäftsberichtes erfuhr die GRPK von dieser Auftragserteilung und dem Zwischenbericht mit dem



Hinweis, dass die vorgesehenen Arbeiten nicht innerhalb der geplanten Periode realisiert werden können. Die GRPK bedauert das Informationsvakuum sehr und erwartet vom Stadtrat inskünftig eine laufende Berichterstattung zu Themen, die von Interesse für die Aufgabenerfüllung im Gemeinderat sind. Aufgrund der bisherigen Entwicklung geht die GRPK davon aus, dass in naher Zukunft die Führungstätigkeit des Ressortvorstandes im Abfallbereich wesentlich zu intensivieren ist. In den vergangenen Jahren war die Informatik immer wieder Thema bei der Beurteilung von Geschäftsbericht, Rechnung und Voranschlag. So auch in diesem Jahr. Die GRPK nahm die Ausführungen von Finanzvorstand Martin Bäumle positiv zur Kenntnis, dass die im Frühjahr 2008 durchgeführte externe Analyse zum Ergebnis gelangte, dass die bisherige Strategie richtig sei. Der schon früher angekündigte Bericht zur IT-Strategie werde noch im Juli 2008 vom Stadtrat verabschiedet und anschliessend der GRPK zugestellt. Die Ausführungen zum Thema Stadtentwicklung blieben im Geschäftsbericht wenig aussagekräftig. Stadtpräsident Lothar Ziörjen wies im persönlichen Gespräch mit der GRPK auf folgende Aspekte hin: Die Stadtentwicklung werde sich aufgrund der jüngsten Erfahrungen in Richtung Quartierentwicklung verändern. Vor diesem Hintergrund wies Lothar Ziörjen auf die Machbarkeitsstudie von Architekt Theo Hotz für das städtische Grundstück beim Bahnhof Stettbach hin, die wertvolle Impulse und Ideen für die künftige Objektstrategie lieferte. Die Bauabteilung unterstützte im Berichtsjahr viele Private bei ihren Abklärungen für die Realisierung von verschiedenen Bauprojekten und nahm damit im Rahmen der Möglichkeiten auf eine optimale Stadtentwicklung Einfluss, was zu begrüßen ist. Immer wieder trifft die GRPK bei ihrer Tätigkeit auf den Ausdruck Konzept. Wir haben festgestellt, dass der Stadtrat den Begriff verwendet, um eine Gesamtschau zu einer gewissen Fragestellung vorzunehmen. Aussenstehende haben manchmal den Eindruck, dass die Zielvorstellung etwas diffus ist. Vor diesem Hintergrund empfehlen wir dem Stadtrat, die Absicht und die Zielsetzung konziser zu formulieren. Beispielsweise fehlt sie im Stadtratbeschluss über die Auftragserteilung des Abfallkonzeptes vom Dezember 2007 weitgehend oder ist für Aussenstehende nicht klar ersichtlich. Es ist der Wunsch der GRPK wenn die Kommission jeweils weiterhin laufend über die Entwicklung von bedeutenden Vorhaben à jour gehalten werden könnte.

## Personelles

Verschiedene Fragen drehten sich auch um das Thema Personal und Weiterbildung. Aspekte wie Mitarbeiterzufriedenheit, Stellenplanentwicklung und Fluktuationsrate wurden in unseren Fragen behandelt. Trotz vieler Projekte, welche die Mitarbeitenden stark fordern aber nicht überfordern ist keine abnormale Fluktuation zu verzeichnen. Die Austrittsgründe sind vielschichtig und geben keinen Anlass zur Besorgnis.

## Antrag

Die GRPK beantragt dem GR einstimmig, den Geschäftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen

Keine Wortmeldungen aus dem Rat. Eintreten ist somit beschlossen.

## b) Detailberatung

1. Gemeinderat, Seiten 2 – 3

Keine Fragen.



2. Stadtrat, Seiten 4 – 8

Keine Fragen.

3. Geschäftsleitung, Seiten 9 – 16

Keine Fragen.

4. Allgemeine Verwaltung, Seiten 17 – 19

Keine Fragen.

5. Finanzen, Steuern und Liegenschaften, Seiten 20 – 23

Keine Fragen.

6. Sicherheit, Einwohner und öffentlicher Verkehr, Seiten 24 – 28

Keine Fragen.

7. Planung, Seiten 29 – 30

Keine Fragen.

8. Hochbau, Seiten 31 – 32

Keine Fragen.

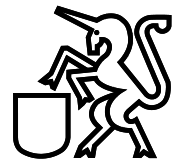
9. Tiefbau, Seiten 33 – 36

Keine Fragen.

10. Soziales, Seiten 37 – 41

Andrea Kennel (SP) ortet auf der Seite 37 einen Rechnungsfehler, welcher von Sozialvorstand Kurt Spillmann bestätigt wird.

„Als ehemaliges GRPK-Mitglied weiss ich, dass man Fragen zum Geschäftsbericht normalerweise vorgängig via GRPK einbringt. Leider war mir das terminlich aber nicht möglich. Ich habe den Geschäftsbericht erst am 10. Juni, also vor weniger als vier Wochen erhalten. Der Poststempel auf dem Couvert war zwar der 5. Juni, aber offensichtlich wollte auch die Post nicht, dass wir Gemeinderäte genügend Zeit haben, uns mit dem Bericht zu beschäftigen. Das Problem liegt darin, dass die GRPK ihre Geschäfte normalerweise drei Wochen vor dem Gemeinderat verabschiedet. So wäre mir knapp eine Woche für meine Fragen geblieben. In dieser Zeit bin ich aber nicht bis Seite 40 vorgedrungen, wo ich nun eine Bitte habe. Seiten 40 und 41 beziehen sich auf das Alters- und Spitexzentrum. Hier wird auf wenig mehr als einer Seite ein Bereich mit einem Rechnungsaufwand von über 14 Millionen Franken zusammengefasst. Viele der Aussagen sind eine Wiederholung der Rechnung 2007 und dort bereits ersichtlich. Was ich klar vermisse, und das beim Alterszentrum als auch bei der Spitex, sind klare Kennzahlen über die geleistete Arbeit. Ich weiss, dass in diesem Bereich wertvolle Arbeit, teils auch in Überstunden geleistet wird. Es wäre für die Mitarbeitenden fair, diese Leistung auszuweisen und für uns Politiker wäre es äusserst interessant und aufschlussreich, diese Zahlen zu sehen. Dabei



stelle ich mir eine Auflistung wie bei der Stadtpolizei vor, die auf Seite 25 publiziert ist. Ich fordere den Stadtrat au, eine solche Auflistung für das Alters- und Spitexzentrum in den nächsten zwei Monaten nachzuliefern und ab dem nächsten Geschäftsbericht in diesen zu integrieren.“

(Andrea Kennel hat zum erwähnten Thema am 7.7.08 eine Schriftliche Anfrage eingereicht)

Keine Fragen.

11. Bildung, Seiten 42 – 47

Keine Fragen.

12. Einzelbeamtungen, Seite 48

Keine Fragen.

Abstimmung:

Mit 34 Ja zu 0 Nein wird der Geschäftsbericht für das Jahr 2007 genehmigt.

## **10. Volksinitiative „Für ein durchgängiges Velonetz und genügend Veloabstallanlagen in Dübendorf“ / Verabschiedung**

Namens der GRPK vertritt Gaby Gossweiler (FDP) die Vorlage:

„Die vorliegende Volksinitiative ist am 2. April 2007 mit 989 gültigen Unterschriften eingereicht worden. Am 6. Dezember 2007 hat der Stadtrat dem Gemeinderat Antrag gestellt und die Initiative zur Ablehnung empfohlen. Als Hauptargument gegen die Initiative steht in der Weisung: „...zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die Volksinitiative für ein durchgängiges Velonetz und genügend Veloabstallanlagen in Dübendorf offene Türen einrennt...“. Sie verweist zudem auf einen „Vorgehens- und Zeitplan zum Velo- und Fussgängerverkehr“, welcher bis Ende 2007 vorliegen würde. Die UK, bestehend aus Daniel Brühweiler und mir, stuft die Begründung des Stadtrates für die Ablehnung als dürftig ein und hoffte, in der Aktenaufgabe Besseres zu finden. Die Aktenaufgabe war jedoch lediglich mit vier sinngemäss identischen Schreiben des Stadtrates bestückt, also praktisch inexistent. Der bereits erwähnte „Vorgehens- und Zeitplan zum Velo- und Fussgängerverkehr“, welcher Ende 2007 vorliegen sollte, war Mitte Januar 2008 noch nicht einmal in Angriff genommen worden – auf Nachfrage der UK wurde dann umgehend eine sehr rudimentäre Form dieses Papiers erstellt und vorgelegt. Die Aussage „...die Initiative rennt offene Türen ein“ konnte die UK damit allerdings auch nicht verifizieren. Hinter der offenen Türe waren folglich nichts als unverbindliche Aussagen zu finden. Deshalb hat sich die UK mit dem Planungsvorstand, Stadtpräsident Lothar Ziörjen, zu einem offenen und konstruktiven Gespräch getroffen und dabei die effektiven Gründe für die ablehnende Haltung des Stadtrates erfahren. Diese beziehen sich auf folgende zwei Forderungen des Initiativtextes:

1. Das Velowegnetz führt auch durchgängig über Kreuzungen.
2. An öffentlichen Bauten und Anlagen, Schwerpunkte für Einkauf, Freizeit und Erholung sowie wichtigen Haltestellen des öffentlichen Verkehrs sind ausreichend und sichere Veloabstellplätze bereit zu stellen.



Gemäss dem Planungsvorstand ist in Dübendorf ein durchgängiges Velowegnetz aus baulichen „Platzgründen“ nicht an allen Kreuzungen möglich, beziehungsweise wäre mit unverhältnismässigen Kosten verbunden. Die Erstellung von Veloabstellplätzen wird gemäss Planungsvorstand im Baubewilligungsverfahren sicher gestellt und bei öffentlichen Bauten würden Veloabstellplätze zum Standard gehören. Deshalb und weil der Begriff „wichtige Haltestellen des öffentlichen Verkehrs“ kontroverse Ansichten über „wichtig“ hervorrufe, könne der Stadtrat die Initiative nicht gutheissen. Nach den Ausführungen des Planungsvorstandes konnten beide Mitglieder der UK – eines häufig, das andere nie velofahrend - die ablehnende Haltung des Stadtrates nachvollziehen. Beide waren aber der Ansicht, dass eine Ablehnung der Volksinitiative ein negatives Signal bezüglich familienfreundlicher und zukunftsorientierter Stadt aussenden würde und dass Verbesserungen zugunsten der Velofahrenden durchaus möglich wären. Aus diesen Gründen hat die UK dem Planungsvorstand nahe gelegt, mit dem Initiativkomitee das Gespräch zu suchen und mittels verbindlichen Unterlagen zu versuchen, einen Rückzug der Initiative zu erreichen. Diese Verhandlungen haben stattgefunden, sind aber gescheitert. Die UK konnte zwar die Ablehnungsgründe des Stadtrates nachvollziehen, war aber nach den gescheiterten Verhandlungen zwischen Stadtrat und Initiativkomitee nach wie vor der Meinung, dass Verbesserungen beim Dübendorf Velowegnetz nötig und möglich wären. Dies würde auch dem Legislaturprogramm 2006-2010 des Stadtrates entsprechen. Dort ist unter 4.3.1. die Massnahme formuliert, dass „Zur Bewältigung und Verflüssigung des städtischen Verkehrs und zur Verbesserung des Velo- und Fussgängerverkehrs Massnahmen vorangetrieben“ werden. Da gemäss der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf, A. Allgemeine Bestimmungen / III. Initiativrecht / Artikel 11, Absatz 5 die Möglichkeit eines Gegenvorschlages zur Initiative im Gemeinderat einzubringen besteht, hat sich die GRPK für einen Gegenvorschlag ausgesprochen.

Da der Wunsch nach Veloabstellplätzen via Baubewilligung gesteuert wird und keine Probleme mit der Abstimmung des Velowegnetzes mit Nachbargemeinden bestehen, wurden diese Anliegen der Initiative im Gegenvorschlag nicht berücksichtigt. Im übrigen lehnt sich der Gegenvorschlag der GRPK an den Initiativtext an, welcher als „allgemeine Anregung“ formuliert ist. Zusätzlich setzt er Fristen zur Umsetzung von Massnahmen. Der Gegenvorschlag der GRPK lautet:

*„Die Stadt Dübendorf ergreift Fördermassnahmen für den Veloverkehr, insbesondere durch die Realisierung eines möglichst durchgängigen Velowegnetzes, welches klar zu signalisieren ist. Es ist bis spätestens Mitte 2009 ein diesbezügliches Konzept, welches zumindest einen Umsetzungsplan 2009-2014 und Sanierungsmassnahmen bei Strassenzügen und Kreuzungen unter besonderer Beachtung der Verkehrssicherheit des Langsamverkehrs beinhaltet, vorzulegen.“*

## Antrag

Die GRPK stellt den Antrag, die vorliegende Volksinitiative „Für ein durchgängiges Velonetz und genügend Veloabstellanlagen in Dübendorf“ abzulehnen und dem Gegenvorschlag der GRPK zuzustimmen.

## Diskussion Initiative:

Stadtpräsident Lothar Ziörjen erläutert, dass der von der GRPK vorliegende Gegenvorschlag ungefähr dem entspreche, was der Stadtrat dem Initiativkomitee angeboten habe.

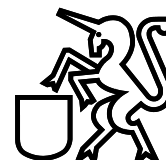


Patrick Angele (JUSO / SP) verlangt das Wort:

„Das Velo ist ein im städtischen Raum schnelles, schadstofffreies, lärmfreies und gesundes Verkehrsmittel. Wir brauchen es täglich, auf dem Arbeitsweg, beim Einkaufen, auf dem Schulweg oder zum Sport. Städte mit guter Veloinfrastruktur weisen allgemein eine hohe Lebensqualität auf. In Dübendorf kann nicht von einer „guten Infrastruktur“ die Rede sein. Die Massnahmen zur Verkehrssicherheit und zur Förderung des Veloverkehrs genügen den heutigen Ansprüchen bei weitem nicht mehr. Dübendorf ist, was die Veloförderung betrifft, im letzten Jahrhundert stecken geblieben. Es wird Zeit für eine Änderung. Das haben wir uns von der SP-/JUSO-Fraktion als Ziel genommen. 989 Stimmberechtigte sehen dies ebenso und unterschrieben die Initiative „Für ein durchgängiges Velonetz und genügend Veloabstellanlagen in Dübendorf“. Innerhalb nur einem Monat kamen statt der erforderlichen 300 fast 1000 Unterschriften zusammen. Der Ausbau von Velowegen entspricht demnach einem Bedürfnis der Bevölkerung. Umso enttäuschender ist die zum Teil schnäppische Antwort der Stadtregierung, in der sie die Ablehnung der Initiative empfiehlt. Zitat: „Sie ist abzulehnen, weil sie überflüssig ist.“ Das schreibt der Stadtrat in seiner Begründung. Ich möchte Ihnen zeigen, dass die 1000 Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Gegenteil empfinden. Die SP hat die Initiative aus zwei Gründen lanciert. Erstens aus Gründen der Sicherheit. Viele Strassenabschnitte sind für Velofahrerinnen und Velofahrer sehr gefährlich. Vor allem rund um Schulhäuser herrschen prekäre Verhältnisse. Es fehlen oft Velostreifen und wenn es welche hat, sind sie lückenhaft und nicht gut signalisiert. Doch haarsträubend und wirklich gefährlich wird es, wenn ich als Velofahrer eine Kreuzung überqueren muss. Hierzu drei Beispiele. 1. Kreuzung Sonnental: Vom Stettbach her fahrend auf dem Veloweg muss ich, um über die Kreuzung zu kommen, entweder zu Fuss oder illegal (und das ist verwirrend, denn es hat eine Veloampel) mit dem Velo darüber. Nach der Kreuzung fehlen mehrere hundert Meter Veloweg, bis er dann wieder anfängt. 2. Kreuzung Stadthaus: Ich fahre vom Sonnental nun weiter Richtung Stadthaus auf einem Velostreifen. Kurz vor der gefährlichen Kreuzung hört der Velostreifen auf. Ich bin eingequetscht zwischen Autos und Randstein. 3. Kreuzung Usterstrasse / Strehlgasse: Die Stadthauskreuzung überlebt, radle ich weiter in Richtung Uster. Wieder ein paar hundert Meter auf einem Velostreifen. Doch Obacht: Kurz vor der nächsten Kreuzung endet mein Velostreifen und beginnt erst kurz danach wieder. Zwei der drei Kreuzungen wurden in den letzten Jahren total neu gestaltet. An die Verkehrssicherheit der Velofahrenden wurde nicht gedacht. Oder es war den Verantwortlichen aus Kostengründen nicht opportun. Der zweite, wichtige Grund für die Lancierung der SP-Veloinitiative ist die Lebensqualität. Veloverkehr ist gut für die Gesundheit, belebt eine Stadt und ist für Kinder das ideale Mittel, um in die Schule zu kommen. Dübendorf spielt keine Vorreiterrolle in der Förderung des Veloverkehrs. Im Gegenteil. Das wollen wir ändern. Dübendorf steht heute in verstärktem Standortwettbewerb. Umso unverständlicher ist die Ablehnung des Stadtrates auch aus wirtschaftlicher Sicht. Die Initiative will mehr für Velofahrende machen. Sie will ein durchgängiges Velowegnetz, welches eben gerade auch – und das ist fast das Wichtigste – über Kreuzungen führt. Sie will eine Erhöhung der Veloabstellanlagen und eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden. Stimmen Sie im Sinne der Verkehrssicherheit und der Lebensqualität für die Initiative, damit Dübendorf den Sprung ins 21. Jahrhundert auch noch mit dem Velo schafft.“

Daniel Brühwiler (GEU) bemerkt, dass der Begriff Veloabstellanlagen im Referat von Patrick Angele nicht vorgekommen sei. Offenbar habe sich das Initiativkomitee damit abgefunden. Weiter hält Brühwiler fest, dass man mit dem Velo problemlos in die Nachbargemeinden fahren könne. Eine Abstimmung mit den Nachbargemeinden brauche es nicht. Energien sollten dort eingesetzt werden, wo sie nötig seien. Für Velofahrer bestehe in Dübendorf bereits heute ein relativ gutes Grundnetz.

Keine weiteren Wortmeldungen.



## Abstimmung Initiative:

Mit 27 Ja zu 6 Nein wird die Initiative den Stimmbürgern zur Ablehnung empfohlen.

## Diskussion Gegenvorschlag:

Toni Lanzendörfer (SP / JUSO) unterbreitet namens des Initiativkomitees folgenden Änderungsantrag des Gegenvorschlags:

*Die Stadt Dübendorf ergreift Fördermassnahmen für den Veloverkehr, insbesondere durch die Realisierung eines möglichst durchgängigen Velonetzes, **welches auch über Kreuzungen führt und klar zu signalisieren ist. An stark frequentierten, öffentlichen Plätzen sind genügend und sichere Veloabstellplätze bereit zu stellen.** Es ist bis spätestens **Ende 2008** ein diesbezügliches Konzept, welches zumindest einen Umsetzungsplan 2009 – 2014, Sanierungsmassnahmen bei Strassenzügen und Kreuzungen unter besonderer Beachtung der Verkehrssicherheit des Langsamverkehrs beinhaltet, vorzulegen.*

Hans-Felix Trachsler betont, dass sich die GRPK-Mehrheit klar für den Gegenvorschlag im ursprünglichen Wortlaut ausgesprochen hat.

Daniel Brühwiler (GEU) gibt zu verstehen, dass er viel mit dem Velo fahre und – mit Ausnahme am Bahnhof – noch immer einen Abstellplatz gefunden habe. In Dübendorf gebe es mehr als genügend Veloabstellplätze.

Patrick Angele (JUSO / SP) ergänzt, dass die Frist für die Vorlegung eines Konzepts - gegenüber dem Gegenvorschlag der GRPK - auf Ende 2008 vorgezogen wurde. Dem Stadtrat – bis anhin habe er laut Angele eher „langsam gearbeitet“ – soll damit Druck aufgesetzt werden.

## 1. Abstimmung Änderungsantrag Gegenvorschlag

Mit 27 Ja zu 6 Nein wird der Änderungsantrag abgelehnt.

## 2. Abstimmung Gegenvorschlag GRPK

Mit 31 Ja zu 1 Nein wird Gegenvorschlag der GRPK genehmigt.

## **11. Genehmigung Kaufvertrag vom 12. März 2008, Verkauf Liegenschaft Meiershofstrasse 9, Kat. Nr. 7224, Dübendorf, zum Preis von Franken 901'971.—**

Thomas Maier (GEU), Präsident der Kommission für Raumplanungs- und Landgeschäfte präsentiert die Vorlage:

„Mit dem Verkauf der Liegenschaft Meiershofstrasse 9 haben wir uns in diesem Rat schon einmal prominent beschäftigt – und das Geschäft schliesslich nach langer und intensiver Diskussion abgelehnt. Ich verzichte darauf, die Gründe für den damaligen Entscheid noch einmal im Detail auszuführen. In den Vorbereitungen zum heute vorliegenden Verkauf kam die KRL zu einem einfachen, klaren





und einstimmigen Entschluss, der sich ebenso kurz zusammenfassen lässt: Ende gut, alles gut. Ich könnte jetzt schliessen und wir zur Abstimmung schreiten – trotzdem möchte ich zwei, drei wichtige Punkte, vor allem betreffend der erfolgten Ausschreibung, nocheinmal hervorheben. Die Liegenschaft an der Meiershofstrasse 9 mit 855m<sup>2</sup> Gebäudegrundfläche ist im Besitz der Stadt Dübendorf. Die Liegenschaft ist vermietet und im Inventar für schutzwürdige Bauten enthalten. Ausserdem ist sie mit den Gebäuden Meiershofstrasse 11 und 13 zusammengebaut. Das Grundstück ist im Finanzvermögen bilanziert und gemäss gültigem Zonenplan in W4 mit mässig störender Gewerbeerleichterung. Für die Liegenschaft liegt eine Verkehrswertschätzung aus dem Jahr 2003 vor, welche bei zirka 400'000 Franken liegt. Die KRL begrüsst und teilt die Haltung des Stadtrates, Liegenschaften im Besitz der Stadt Dübendorf, wie eben die Meiershofstrasse 9, bei fehlendem Eigenbedarf möglichst mit hohem Gewinn zu veräussern. Am 21. Juni 2007 hat der Stadtrat festgehalten, dass die Liegenschaft öffentlich ausgeschreiben und dem Meistbietenden verkauft werden soll. Das Mindestangebot wurde auf 800'000.— Franken festgelegt. Zum Verfahren der öffentlichen Ausschreibung. Die Stadt beauftragte die immoclass AG mit der Vermarktung und Ausschreibung. Gegenüber den Interessenten wurde mit der Ausschreibung offen gelegt, dass bis zum 14. Dezember 2007 eine Kaufofferte mit mindestens 800'000.— Franken bei der immoclass AG einzureichen ist. Einer Anzahl von voraussichtlich fünf Offerierenden werde dann in der Folge das Ergebnis der ersten Runde bekannt gegeben. Diese erhalten die Möglichkeit, ihre Angebote in einer zweiten Runde bis zum 15.01.2008 allenfalls anzupassen. Mit den drei Bestrangierten werden dann abschliessende Verhandlungen geführt. Sämtliche Kriterien zum Verkauf wurden offengelegt. Vorgesehen war eine öffentliche Beurkundung im März 2008. Ebenfalls wurde eine Detaildokumentation ausgegeben sowie festgehalten, dass sämtliche, eventuell auftretende Altlasten zu Lasten der Käuferschaft gehen. Der KRL wurde an ihrer Sitzung im Juni sowohl vom Vertreter der immoclass AG wie auch vom zuständigen Ressortvorstand Martin Bäumle zufrieden stellend aufgezeigt (inklusive Beantwortung diverser Fragen), wie der Verkauf entsprechend dem Plan ablief. Angeschrieben wurden insgesamt 96 potenzielle Käufer. Die Liegenschaft wurde mit Inseraten in der Presse wie auch im Internet ausgeschrieben. Mit elf Interessenten wurde das Objekt schliesslich gemeinsam besichtigt. In der ersten Runde trafen vier konkrete Offerten zwischen 820'000.— und 930'000.— Franken ein. Wobei mit der Offerte von 930'000.— Franken Bedingungen an Näherbaurechte und Fahrwege geknüpft waren. In der Folge wurden diese Vier zu einer zweiten Runde eingeladen. Von allen Interessenten wurde verlangt, dass sie zwei Offerten einreichen. Nämlich mit, beziehungsweise ohne, Beanspruchung von weiteren Rechten. Fristgerecht gingen dann drei bereinigte und teilweise verbesserte Offerten ein. Die konkreten Zahlen hierzu können Sie in der Weisung nachlesen. Da die Unterschiede sehr gering waren und dem schwer abschätzbaren Zeitbedarf für das Einbringen der heute noch fehlenden Zustimmungen zu diesen Rechten sowie der zu erwartenden Kosten, wurde auf diese Option – in der Ausschreibung auch nicht vorgesehen – verzichtet. Mit Zweien wurden nun konkrete Verhandlungen geführt, die zum nun vorliegenden Resultat geführt haben. Die KRL hat das Verfahren wie auch den Vertrag geprüft. Der bereits sehr gute Vertrag wurde in einem kleinen Punkt (Gewährleistung) noch verbessert. Das Verfahren war absolut korrekt und der erzielte Preis ist für die Stadt ausgezeichnet. Der KRL wurde bestätigt, dass der Stadtrat bis zum Schluss keine Kenntnis hatte, wer der Käufer ist. Weder Verwaltung noch Stadtrat waren in die Verhandlungen involviert. Die dadurch entstandenen Mehrkosten werden durch den höheren Preis teilweise kompensiert. Punkt 2 in der Weisung des Stadtrates gab in der KRL noch Anlass zu Diskussionen. Die KRL beantragt, diesen Punkt zu streichen. Der Stadtrat stimmt dem – Martin Bäumle wird dies wohl gleich bestätigen – zu.

Die KRL beantragt dem Gemeinderat einstimmig dem Verkauf und damit der Weisung unter Streichung von Punkt 2 zuzustimmen.



## Diskussion:

Finanzvorstand Martin Bäumle dankt dem KRL-Sprecher Thomas Maier, welcher die Vorlage sehr gut zusammengefasst habe. Der Stadtrat sei hocheifrig darüber, dass der Verkaufsertrag gegenüber dem ersten Mal nochmals gesteigert werden konnte. Die Mehraufwendungen hätten zum Grossteil kompensiert werden können. Der Stadtrat ist mit der Streichung des Punkts 2 in der Weisung einverstanden. Der Abschnitt sei eigentlich überflüssig. Man habe ihn „eins-zu-eins“ aus der Weisung zum Geschäft Verkauf Areal Bahnhof Nord übernommen.

Hans Baumann (SP / JUSO) äussert sich zur Liegenschaftenstrategie im Allgemeinen:

„Ich möchte nocheinmal unsere grundsätzliche Kritik an der Liegenschaftenpolitik der Stadt anbringen, die wir schon einmal anlässlich der ersten Lesung dieses Geschäfts geäussert haben. Mit der Veräusserung von Liegenschaften und Grundeigentum an Private verscherbelt die Stadt nicht nur einen Teil ihres „Tafelsilbers“ (was höchstens kurzfristig die Finanzen nach oben „frisirt“), sondern entzieht sich auch selbst die Möglichkeiten, mittels ihren eigenen Liegenschaften Einfluss zu nehmen auf den Liegenschaftenmarkt und die Liegenschaftenpreise in der Stadt. Unserer Meinung nach würde es der Stadt gut anstehen, auch als Vermieterin von Wohnungen und Gewerberäumen aufzutreten und so wenigstens einen kleinen Teil des Liegenschaftensmarktes der Spekulation zu entziehen. Die Mietpreise sind in den letzten Jahren rasant angestiegen und für viele Mieter zu einem Problem geworden. Was eine spekulative Immobilienblase alles anrichten kann, sieht man heute in den USA. Diese Krise schwappt bekanntlich bereits auf Europa über. Die grösseren Städte wie Zürich und Winterthur machen vor, welche positiven Einfluss städtische Liegenschaften zusammen mit gemeinnützigen Wohnbauträgern auf dem Immobilienmarkt haben können. Wir möchten deshalb den Stadtrat und auch die KRL auffordern, sich in diese Richtung Gedanken zu machen, zukünftig auf die Veräusserung von städtischem Grund und Boden zu verzichten und eine eigene, vernünftige Liegenschaften- und Wohnbaupolitik zu entwickeln. Dies wäre zum Beispiel innerhalb des vom Stadtrat versprochenen städtebaulichen Entwicklungskonzepts möglich.“

Martin Bäumle antwortet, dass die Stadt tatsächlich über Liegenschaften verfüge, welche sie unterhalte und halte. In den vergangenen Jahren sei nicht in erster Linie „Tafelsilber“ verkauft worden, sondern „Schrott“, welcher der Stadt zur Sanierung hohe und unnötige Kosten verursachen würde und keinen Nutzen bringe. Diese Liegenschaften könnten Private sinnvoller nutzen. Eine Ausnahme bilde das Grundstück Bahnhof Nord. Eine eigene Wohnbaupolitik wolle die Stadt nicht betreiben, das solle der Markt tun. Falls aber Wohnbaugenossenschaften Interesse hätten, würde man selbstverständlich Hand bieten. Die vorhandene Liegenschaftenstrategie werde noch im Verlauf dieses Jahres dem Stadtrat zur Überprüfung vorgelegt.

Keine weiteren Wortmeldungen.

## Abstimmung:

Mit 30 Ja zu 4 Nein wird dem Kaufvertrag unter Streichung von Abschnitt 2 in der Weisung zugestimmt.



## **12. Genehmigung Bauabrechnung Nachtragskredit für Restaurantküche im Chreis**

Patrick Walder (SVP) nimmt namens der GRPK zur Abrechnung Stellung:

„Als Referent der GRPK für dieses Geschäft darf ich Ihnen diese Abrechnung vorstellen. Die Abrechnung schliesst mit einem Minderaufwand von 17'788.15 oder 5.8%, mit einem Aufwand von 289'211.55 und einem bewilligten Baukredit von 260'000 Franken inklusive 10'000 Franken Teuerung und zuzüglich 46'999.70 Anteil Kreditsumme aus dem Projekt Sanierung Sportanlage. Die Unterkommission, bestehend aus Ursula Hunziker (GEU) und meiner Person, hat die Belege stichprobenartig geprüft und für richtig verbucht und vollständig vorhanden befunden. Die UK hat diverse Fragen an Stadtrat Martin Bäumle, als Präsident der Baukommission, gestellt und weitere Unterlagen angefordert, welche rasch und zufrieden stellend nachgeliefert wurden. Unter anderem wollte die UK wissen, was für ökologische Aspekte berücksichtigt wurden und was eingebaut, respektive ersetzt und was erhalten werden konnte. Geräte mit optimaler Energieeffizienz wurden belassen. Über alterte Geräte und „Stromfresser“ wie der Kochherd oder der Kippkochkessel wurden mit effizienteren energiesparenden Geräten ausgetauscht. Des Weiteren ermöglichen neue Luftanlagen und Änderungen im Lüftungskonzept Einsparungen im Energiebedarf. Weiter wurden aus hygienischen Gründen die Holzeinbauten durch Chromstahl-Elemente ersetzt. Als Submissionsverfahren wurde gemäss Regelung das Einladungsverfahren angewendet.

Der Antrag der GRPK lautet: Die Bauabrechnung Nachtragskredit von 250'000 Franken für die Sanierung der Restaurantküche Im Chreis zu genehmigen.“

### Diskussion:

Martin Bäumle dankt der GRPK für die Rechnungsprüfung und fügt an, dass bei dieser Sanierung der „Wunsch Katalog“ gestrichen worden sei.

Keine weiteren Wortmeldungen.

### Abstimmung:

Mit 35 Ja zu 0 Nein wird die Bauabrechnung Restaurantküche im Chreis genehmigt.

## **13. Genehmigung Bauabrechnung Erweiterung Curlinghalle Im Chreis auf vier Rink**

Patrick Walder (SVP) nimmt namens der GRPK zur Abrechnung Stellung:

„Als Referent der GRPK für dieses Geschäft darf ich Ihnen diese Abrechnung vorstellen. Leider muss mein Referat in zwei Teile aufgeteilt werden:

1. Teil: Bauabrechnung
2. Teil: Weisung

Die für den Gemeinderat relevante Abrechnung 3.2. schliesst mit einem Mehraufwand von Franken 31'300.99 respektive 1.37 %. Der massgebliche Baukredit setzt sich zusammen aus dem bewilligten Bruttokredit von Franken 1'283'000, aus der Teuerung auf dem Baukredit abzüglich Projektkosten, aus dem rückgestellten Kredit aus der Abrechnung der Sanierung Sportanlage über Franken



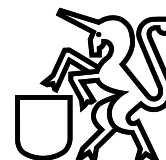
50'776, aus dem Direktbeitrag des Curling Clubs Dübendorf (CCD) über Franken 250'000 und dem Darlehen der Stadt Dübendorf an den CCD über Franken 650'000. Die Baukosten belaufen sich auf Franken 2'313'996.99. Die Unterkommission, bestehend aus Ursula Hunziker (GEU) und meiner Person, hat die Belege stichprobenartig geprüft und für richtig verbucht und vollständig vorhanden befunden. Die UK hat diverse Fragen an Stadtrat Martin Bäumle als Präsident der Baukommission gestellt. Unter anderem wollte die UK wissen, wie hoch das Darlehen an den CCD verzinst wird und ob sich der Zins im Laufe der Jahre anpasst, sowie in welchem Zeitrahmen die Amortisation erfolgt. Das Darlehen muss innerhalb von 25 Jahren amortisiert werden. Der Sport-Toto-Betrag wird im Sinne einer Pflichtamortisierung der Stadt Dübendorf überwiesen. Die Schuldzinsen belaufen sich in den ersten 5 Jahren auf 3.25%. Nach 5 Jahren wird das Darlehen  $\frac{1}{4}$  Zinsprozent höher verzinst als die Stadt für Aufnahme von Fremdgeldern bezahlen müsste. Zur Weisung: Die UK hat nicht verstanden, weshalb in einer Weisung zur Bauabrechnung zwei verschiedene Bauabrechnungen aufgeführt sind. Aus unserer Sicht darf es nicht sein, dass in einer Abrechnung, in der es nur um Zahlen geht, zwei verschiedene Ergebnisse erscheinen. Des Weiteren ist störend, dass die für den Gemeinderat unrelevante Abrechnung unter 3.1. aufgeführt ist und die entscheidende und relevante Abrechnung erst unter 3.2. Es ist anzufügen, dass das falsche Ergebnis und nicht das richtige zweimal unterstrichen ist. Gemäss Stadtrat soll diese Weisung mit zwei Abrechnungen zur Transparenz beitragen, da die Abrechnung 3.1 für die Baukommission die entscheidende ist. Aus Sicht der UK haben zwei Abrechnungen in einer Weisung nichts mit Transparenz sondern eher mit Verwirrung zu tun. Die GRPK hat den Stadtrat gebeten, die Weisung zurückzunehmen und zu korrigieren. Leider ist der Stadtrat dieser Bitte nicht nachgekommen, sodass Sie heute über eine nicht zufriedenstellende Weisung abstimmen müssen. Die GRPK fordert den Stadtrat auf, in Zukunft nur noch die relevante Abrechnung in der Weisung aufzuführen. Da die Bauabrechnung selber aber in Ordnung ist, stellt die GRPK folgenden Antrag: Die erwähnte Bauabrechnung ist gemäss Ziffer 3.2 im Antrag des Stadtrates vom 10. April 2008 zu genehmigen.

## Diskussion:

Finanzvorstand Martin Bäumle nimmt die Kritik an der Weisung entgegen. Der Gemeinderat habe Recht, wenn er die Bauabrechnung gemäss Punkt 3.2. genehmige. Bei dieser Bauabrechnung habe es eben zwei Sichtweisen gegeben. Einerseits die Sicht der Baukommission, für welche der Kredit leicht unterschritten war und andererseits die Kreditsicht des Gemeinderates, für welchen der Kredit klar überschritten wurde. Um Transparenz zu schaffen, seien auf Wunsch der Baukommission beide Sichtweisen in der Bauabrechnung dargestellt worden.

Andrea Kennel (SP) verlangt das Wort:

„Der Gemeinderat bewilligte die Erweiterung der bestehenden Curlinghalle, nun haben wir eine neue Halle erhalten. Wie kommt das und wer soll das bezahlen? Der Weisung ist zu entnehmen, dass die ursprüngliche Planung ungenügend und bezüglich Statik sogar falsch war. Offensichtlich musste die Planung komplett überarbeitet werden. Ich verstehe nicht, wie so was möglich ist. Wie werden Bau-eingaben geprüft, dass solch mangelhafte Eingaben überhaupt berücksichtigt werden? Wir können wohl von Glück reden, dass hier die Stadt mit einem blauen Auge davon gekommen ist und wir, wenigstens bisher, es nicht mit einem Garantiefall zu tun haben. Zum Thema Blaues Auge: Die Weisung erscheint mir etwas blauäugig oder durch die rosarote Brille formuliert. Trotzdem möchte ich den Stadtrat und die Baukommission loben, haben sie doch frühzeitig reagiert und aus einem Projekt, das auf Schiefelage war, das Bestmögliche ohne Mehraufwendungen herausgeholt. Wie im Curling gewinnt nicht zwingend der erste Stein, sondern der, der am Schluss am nächsten beim Ziel ist. Das Ziel wurde erreicht, den Weg muss man hinterfragen, die Bauabrechnung kann man abnehmen.“



Toni Keller (SVP) will wissen, ob die Lüftung daran Schuld sei, dass in der letzten Saison die Eisqualität zu Wünschen übrig liess. Weiter stellt Toni Keller Fragen zum letzten Absatz der Weisung auf Seite 4: „Bildet diese Angelegenheit nicht Gegenstand der Bauabrechnung, weil sie für die Stadt keine finanziellen Auswirkungen haben? Wer trägt die Kosten dieser Garantieleistungen? Sollte es für die Stadt oder Gepad doch nicht kostenneutral sein: Die Mängel wurden von Anfang an klar als Konstruktionsfehler und deshalb als Garantieleistung erkannt. Wurden alle Honorare, auch jene des Architekten, ohne Rückbehalt ausbezahlt? Nach meinen Informationen wurde die Baukommission bereits vor Abschluss der Bauabrechnung aufgelöst, wieso?“

Martin Bäumle bestätigt Toni Kellers Befürchtung. Bezüglich der Falschberechnung der Statik sei es nun schwierig, jemand zur Verantwortung zu ziehen. Im Vergleich zu anderen Bauprojekten habe man sich dieses Mal aber insofern verbessert, dass die Abrechnung sofort nach Bauvollendung erstellt worden sei.

Andrea Kennel will weiter wissen, ob Mängel formell korrekt und auch rechtzeitig gerügt worden seien? Martin Bäumle bestätigt dies.

Keine weiteren Wortmeldungen.

#### Abstimmung:

Mit 33 Ja zu 0 Nein wird die Bauabrechnung Erweiterung Curlinghalle auf vier Rink gemäss Abschnitt 3.2 in der Weisung genehmigt.

#### Ordnungsantrag Kurt Berliat (CVP) – 22.25 Uhr

Angesichts fortgeschrittener Zeit beantragt Kurt Berliat Abbruch der Sitzung. Die Bürgerrechtsgesuche sollen an der September-Sitzung behandelt werden.

#### Abstimmung Ordnungsantrag Kurt Berliat

Für Abbruch der Sitzung: 13 Stimmen

Gegen Abbruch der Sitzung: 22 Stimmen

Die Sitzung wird demzufolge nicht abgebrochen und weitergeführt.

#### **14. 7 Bürgerrechtsgesuche**

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat die vorliegenden Anträge geprüft. Sie gibt zu den einzelnen Gesuchen ihre Empfehlungen ab.

Der Gemeinderat fasst,

gestützt auf Art. 29, Ziff. 4.12 der Gemeindeordnung der Stadt Dübendorf vom 5. Juni 2005 die nachfolgenden



## Beschlüsse:

### Geschäft Nr. 117 / 2007

Lubenovic Nisveta geb. Susak sowie die Kinder Elvedina und Adnan, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige, wohnhaft Zürichstrasse 52, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Zustimmung 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	22 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	5 Stimmen

### Geschäft Nr. 122 / 2007

Jongmanns Manfred Gerhard Jakob, deutscher Staatsangehöriger, wohnhaft Usterstrasse 55a, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Zustimmung 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	29 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	0 Stimmen

### Geschäft Nr. 123 / 2007

Maliqi Bekim sowie die Kinder Yllza, Euridika und Hana, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Heugatterstrasse 30, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'450.—
Antrag BRK:	Zustimmung 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	24 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	1 Stimme



## Geschäft Nr. 124 / 2007

Mohamed Yusuf, somalischer Staatsangehöriger, wohnhaft Höglerstrasse 17, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 725.—
Antrag BRK:	Zustimmung 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	2 Stimmen

## Geschäft Nr. 125 / 2007

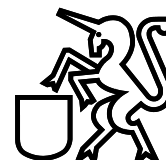
Idrizi Pajazit sowie die Kinder Behar, Besart und Blerton, mazedonische Staatsangehörige, wohnhaft Neugut / Unterhaus 4, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Zustimmung mit 4 zu 0
Diskussion:	keine
Für Antrag Stadtrat / BRK:	23 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	4 Stimmen

## Geschäft Nr. 126 / 2007

Jovanovic Kristina geborene Semic sowie die Kinder Ivan und Zeljko, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige, wohnhaft Oskar-Bider-Strasse 1, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
Antrag BRK:	Zustimmung mit 4 zu 0
Diskussion:	<p>Orlando Wyss (SVP) will wissen, warum der Stadtrat ein Gesuch verabschiedete, wenn die fünfjährige Wartefrist nach dem Bezug von Sozialhilfe noch nicht abgelaufen sei. Lothar Ziörjen ergänzt, dass es sich im erwähnten Fall um einen Kostenvorschuss in Folge von Arbeitslosigkeit gehandelt habe. Der Betrag sei grösstenteils zurückbezahlt worden.</p> <p>Orlando Wyss (SVP) ist der Ansicht, dass es sich beim offenen Betrag um sozialhilferechtliche Unterstützung handle, die die Gesuchstellende nicht zurückzahlen könne, wolle oder tue. Weiter sei das Gesuch des Ehemannes auch noch pendent. Müsste der Stadtrat dieses aufgrund dieser Sachlage nicht zurückstellen?</p>



Lothar Ziörjen antwortet, dass das Gesuch des Ehemannes aufgrund mangelnder Staatsbürgerkenntnisse bereits zurückgestellt worden sei.

BRK-Präsidentin Valeria Rampone zeigt sich schockiert darüber, dass derart offen über die finanziellen Verhältnisse der Gesuchstellenden diskutiert werde. Sie betont, dass es sich um eine Bevorschussung des Arbeitslosengeldes gehandelt habe und dass der Betrag zu 80% zurückbezahlt worden sei.

Orlando Wyss antwortet, dass aufgrund der erwähnten Zahlen ein Rückschluss auf die effektiven finanziellen Verhältnisse nur schwer möglich sei. Er vertrete nach wie vor der Meinung, dass es sich bei der nicht zurückbezahlten Restschuld von 20% nun um eine sozialhilferechtliche Unterstützung handle.

Keine weiteren Wortmeldungen.

Für Antrag Stadtrat / BRK:	18 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	11 Stimmen

## Geschäft Nr. 127 / 2007

Medeiros de Oliveira Fernando, brasilianischer Staatsangehöriger, wohnhaft Überlandstrasse 233, Dübendorf

Einbürgerungsgebühr:	Fr. 1'900.—
----------------------	-------------

Antrag BRK:	Zustimmung mit 4 zu 0
-------------	-----------------------

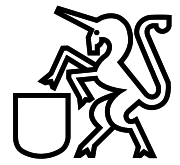
Diskussion:	keine
-------------	-------

Für Antrag Stadtrat / BRK:	25 Stimmen
Gegen Antrag Stadtrat / BRK:	3 Stimmen

## Einwände

Keine Einwände gegen die Geschäftsführung.





Schluss der Sitzung: 22.45 Uhr

---

## **Für die Richtigkeit**

Der Sekretär:

T. Spitale

## **Eingesehen und für richtig befunden**

Andrea Kuhn-Senn, Ratspräsidentin:

Reto Steiner, Stimmenzähler (Ersatz):

Jürg Zimmermann, Stimmenzähler

Stefanie Huber, Stimmenzählerin